

Bezugspreis: Vierteljahr 16,50 M., monatlich 5,50 M. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die achtspaltige Raupostzeile ...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Freitag, den 20. Februar 1920.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Amerika gegen Versailles.

Paris, 19. Februar. (WTB) Der Washingtoner Berichterstatter des „Echo de Paris“ vertritt in seiner gestrigen Rede den Standpunkt, daß die Ratifizierung des Friedensvertrages nach dem Tode Lord Balfours, nach dem Rücktritt Lansing und dem Ultimatum Wilson in der Zukunft allgemein als unmöglich angesehen werde.

Paris, 19. Februar. Nach einer Washingtoner Meldung des „New York Herald“ haben die Herren Präsident Wilson unterfragt, dem für gestern angelegten Ministerium zu präsidieren.

Holland im Völkerbund.

Haag, 19. Februar. Nach einer ausführlichen Besprechung durch den Minister des Auswärtigen von Kromhout hat die zweite Kammer mit 59 gegen 5 Stimmen den Gesetzentwurf betreffend den Zutritt Hollands zum Völkerbund angenommen.

Der Minister des Auswärtigen erklärte u. a. daß die Zulassung der Mittelmächte nur eine Frage der Zeit sei und daß der Zutritt ganz im Sinne des Völkerbundes liegt.

Die Verbrecherherrschaft in Budapest.

Der Redakteur der „Nepszava“ ermordet.

Wien, 19. Februar. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der Chefredakteur des Budapestener sozialistischen Organes „Nepszava“, Genosse Somogyi, ist von der aus Offizieren bestehenden Präsidentschaft (Weißer Schrecken) ermordet worden.

Somogyi war nicht Vollschweiß, sondern Rechtssozialist. Die „Nepszava“ ist das altbekannte und hochangesehene Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Ungarns.

Deschanel's Botschaft.

Volle Erfüllung des Vertrags.

Paris, 19. Februar. (WTB) In seiner Botschaft, die heute in der Kammer und im Senat verlesen wurde, sagt Präsident Deschanel u. a.: in der Vereinigung aller siegreichen Völker liegt die erste Sicherheit für den Frieden und die Grundlage für die Gesellschaft der Nationen, der der Vertrag von Versailles die Ausführung gewisser grundlegenden Bedingungen anvertraut habe.

gänzt wurden, in dem die Inubersicht ausgesprochen wird, daß bei der Auslegung der Vertragsbestimmungen betreffend die Durchmarschverbot von fremden Truppen das Mitbestimmungsrecht Hollands geschädigt werden wird.

Zur Auslieferungsfrage.

Uebergänge der Franzosen.

Kannheim, 18. Februar. Die Pfalzzentrale meldet: Nachdem die französische Regierung in der Auslieferungsfrage sich damit einverstanden erklärt hat, die Aburteilung der sogenannten Kriegsverbrecher vor dem Reichsgericht in Leipzig vorzunehmen zu lassen, wurde am 17. Februar der Ingenieur der badischen Kautschukfabrik von Imhoff, wegen angeblicher Kriegsverbrechen von französischen Genbarmen verhaftet.

England und die türkische Frage.

Paris, 19. Februar. (WTB) Nach einer Londoner Meldung des „Welt Posten“ scheint England jetzt wiederum gewisse Vorbehalte hinsichtlich der Aufrechterhaltung der türkischen Herrschaft in Konstantinopel zu machen.

Völkerrecht und Reaktion.

Die Erkenntnis, daß das deutsche Volk nach seiner Niederlage in ganz anderer Weise als bisher vom Geist des Völkerrechts durchdrungen werden muß, bricht sich immer mehr Bahn.

Nicht ist seit Jahren als der schärfste Gegner völkerrechtlicher Ideen, die auf Verständigung hinarbeiten, bekannt. Seine reaktionären Ansichten über Fragen der Schiedsgerichtsbarkeit hat Professor Schäding in seinem großen Werke über den Staatensvertrag der Danner Konferenzen als „geradezu ungeheuerlich“ bezeichnet.

Arbeitszwang in Estland.

Helsingfors, 18. Februar. (WTB) Die estnische Regierung hat beschlossen, 15000 Arbeiter zwangsweise zur Holzarbeit in den Wäldern verwenden.

Helsingfors, 18. Februar. Der estnische Oberbefehlshaber, General Laiboner, hat infolge von Meinungsverschiedenheiten mit der Regierung wegen des Friedensschlusses seinen Abschied genommen.

Revolution am Stillen Ozean.

Warschau, 19. Februar. Ein Funkentelegramm aus Moskau meldet: Nach Berichten von der Ostfront ist in Bladimowsk, Nikolai-Murist und Blagowestschensk die Revolution ausgedroht.

Deutschland und Rußland.

Eine Unterredung mit dem Vertreter Sowjetrußlands.

Ein Mitglied unserer Redaktion hatte gestern eine Unterredung mit dem neu ernannten Vertreter Sowjetrußlands in Berlin, Herrn Wladimir Kopp, der beauftragt ist, Verhandlungen mit der deutschen Regierung über den Austausch der übereinstimmend Kriegsgefangenen zu führen.

Die Verhandlungen haben noch nicht begonnen. Die Zahl der deutschen Kriegsgefangenen, deren Heimkehr aus Rußland nunmehr in die Wege geleitet werden soll, beträgt etwa 30 000 Mann.

Die russischen Gefangenen, deren Freilassung aus den Gefangenenlagern von der deutschen Regierung zugestanden werden soll, erreichen immer noch die ansehnliche Höhe von einer Viertelmillion Mann.

Die Frage unseres Kollegen, ob die gegenwärtigen diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland mit der Erledigung der Gefangenenfrage sich nicht verbessern dürften, verneint Herr Kopp.

In diesem Zusammenhang wies unser Kollege auf die Vorbereitungen der Entente zur Wiederaufnahme des Handels mit Rußland hin, unter anderem darauf, daß besonders die Engländer in aller Welt Rubel aufkaufen, um nicht mit der hohen eigenen Währung in den Rußland zu erwerbenden Rohstoffe bezahlen zu müssen.

Zu dem bemerkte Herr Kopp, daß sich in dieser Beziehung die Entente leicht eine falsche Rechnung machen dürfte. Ein Austausch von Waren gegen Geld wäre auf Grund der heutigen Valutaverhältnisse das Torärschste und Unmöglichste, was Rußland tun könne.

Auf die Erkundigung nach den Möglichkeiten der Auswanderung deutscher werktätiger Massen in russisches Gebiet gab Herr Kopp seiner Hoffnung Ausdruck, daß die hierfür bereits eingeleiteten Vorbereitungen bald zur Einreise in Rußland fehrlich erwarteter geduldeter Arbeiter noch wohlüberdachten Plan führen werden.

Unser Redaktionsmitglied fragte Herrn Kopp, wie er sich freundschaftliche Beziehungen zwischen den

beiden Ländern vorstelle, angesichts der russischen Neigung, sich in die inneren Verhältnisse Deutschlands einzumischen. Bei aller Freundschaft, mit der Deutschland diese auszuführende bereit sei, könne es keinen Wert darauf legen, politische Brandfackeln aus dem Osten einzuführen. Erst dieser Tage sei in einem Hamburger kommunistischen Verlag eine Broschüre aus der Feder des russischen Volkskommissars der Außenpolitik Tschitcherin erschienen, die sich an die deutschen Arbeiter wendet, um ihnen die Notwendigkeit des Sturzes der heutigen Regierung Deutschlands darzulegen.

Darauf entgegnete Herr Kopp, daß sich ja auch die deutsche Regierung nicht rühmen könne, die inneren Verhältnisse Sowjetrußlands als ein Blümlein Nüchternheit betrachten zu haben. In Gemeinschaft mit den Alliierten und den gegenrevolutionären Generälen haben deutsche Truppen (aber gegen den Willen der deutschen Regierung, Red. d. B.) gegen die Soldaten der Mätemacht gekämpft, aus deutschen Gefangenenlagern heraus seien die Bestände russischer gegenrevolutionärer Truppen ergänzt und besonders in Deutschland habe der russische gegenrevolutionäre Verbund eine starke Tätigkeit betrieben. Weß Ruhland, wie nötig ihm freundschaftliche Beziehungen zu Deutschland sind, so wäre es töricht, diese aus agitatorischen Gründen zu verderben. Als Marxisten wissen die Volkskommissare viel zu gut, daß sich eine soziale Umwälzung nicht „machen“ läßt, führt sie der Zusammenbruch der kapitalistischen Ordnung nicht selbst herbei. Rußland muß vorerst an Rußland denken und ohne den Glauben an die Weltrevolution aufzugeben, wissen die heutigen Führer des russischen Volkes doch viel zu gut, daß sie den Lebensinteressen des russischen Volkes verpflichtet sind, und die erbischen weniger Rhetorik als praktische Realpolitik.

„Über auch Deutschland,“ sagte Herr Kopp zum Schluß, „hat kein Interesse am Sturz der Rätereublik, deren Bestand, fest gegründet in den russischen Arbeitern und Bauern, endgültig gesichert ist. Es kann keine andere Regierung geben, die natürlicherweise Deutschland so freundlich gesinnt ist, wie die heutige Arbeiter- und Bauernregierung Rußlands. Ganz abgesehen vom Interesse des deutschen Sozialismus, der beim Wiedererstehen einer aggressiv-imperialistischen Macht im Osten völlig allein in der Welt stehen würde! Das russische Volk ist das einzige, das heute dem deutschen nicht mit dem Willen und der Macht zur Ausbeutung und Unterdrückung gegenübersteht, wie auch das deutsche Volk dasjenige ist, das am ehesten dazu geeignet erscheint, zum eigenen Vorteil ein großes, freies und friedliches Rußland der Arbeit aufzubauen zu helfen. Es geht aufwärts im Osten, trotz aller Not, die das große Wagnis und die Feindschaft der ganzen Welt erzeugen mußte; vieles ist erlitten, was über die Verhältnisse in Sowjetrußland geschrieben wird. Der Bürgerkrieg ist zu Ende — schon seit geraumer Zeit werden von den Außerordentlichen Kommissionen keine Todesurteile mehr vollstreckt — und nichts hindert Deutschland, ja jede Erwägung zwingt es dazu, zu erkennen, daß beide Völker vieles, wenn nicht alles, aneinander zu gewinnen haben.“

**Nachricht der Redaktion:** Die höchst bemerkenswerten Ausführungen des russischen Bevollmächtigten sind klar genug, um keines Kommentars zu bedürfen. Nichterständnisse bedauerlichster Art könnten aber hervorgerufen werden durch eine plötzliche Schwankung der deutschnationalen „Deutschen Zeitung“, die sich gestern Abend mit einem Freudenstreich Sowjetrußland in die Arme warf. Mit dem Köstlein aller roten zusammen wollen die Schwarzweißer gegen England reiten, eine Kumpanei! Es ist schwer zu unterscheiden, was sich im Kopf des Ber-

fassers und was sich im Sogebirnen verlohoben hatte, wenn man am Schluß jenes Artikels folgende Zeilen liest:

Hätten wir eine auswärtige Politik, ja dann wären wir vielleicht bald soweit, dem die Einkreisung vervollständigenden Versailler Völkerverbund einen anderen Bund entgegen zu setzen: den mitteleuropäisch-asiatischen! Realpolitik! Wenn jemals am Bloke, dann heute. Keine Parteipolitik! Keine Sentimentalpolitik! Große Ausrufen-Politik! . . .

Dieses Gelächter steht unter dem Niveau, auf dem eine Diskussion möglich ist. Es sei nur kurz gesagt, was für das Inland selbstverständlich, nur für das Ausland vielleicht zu sagen notwendig ist: In Deutschland kann es keinen verantwortlichen Politiker geben, der die Vorschläge der „Deutschen Zeitung“ in ernste Erwägung zöge, ein solcher Mann würde sofort ärztlicher Behandlung überwiesen werden.

Die verantwortlichen Politiker Deutschlands wissen, daß in den Fragen des wirtschaftlichen Wiederaufbaues alle Völker solidarische Interessen besitzen und aufeinander angewiesen sind. Ein solches Verhältnis besteht zwischen Deutschland und Rußland genau so wie zwischen Deutschland und Frankreich und zwischen Deutschland und England. Deutschland will in Rußland Wiederaufbauarbeit leisten nicht gegen die Weltmächte, sondern Hand in Hand mit ihnen. So liegen die Dinge klar und einfach. Das Narrenschädel der „Deutschen Zeitung“ kann ernste Politiker des Auslands nicht alarmieren, sondern höchstens nur wieder Narren!

### Barbusse gegen die Auslieferung.

Der berühmte sozialistische Schriftsteller Henri Barbusse hat sich von Paris aus telegraphisch an die von St. Großmann herausgegebene Zeitschrift „Das Tagesbuch“ folgendermaßen zur Auslieferungsmfrage geäußert:

Meine Meinung über die Auslieferung der schuldigen Deutschen und besonders des Kaisers habe ich bereits öffentlich in einer Entschuldigungs-Kundgebung geäußert, die ich auf dem Nationalkongress des Republikanischen Bundes ehemaliger Kriegsteilnehmer im vorigen September annehmen ließ. Meine Meinung wird nicht nur von meinen Freunden geteilt, sondern auch von allen Gesinnungsgenossen der „Clarte“. Wir betrachten die Offiziere, die Fürsten und den Kaiser als Schuldige und sind der Meinung, daß die Strafe, die sie treffen wird, nicht unbedeutend ist.

Aber wir sehen auch in den anderen Ländern große und kleine Schuldige, und eine wirkliche Gerechtigkeit müßte auch diese anklagen und verurteilen. Wir lehnen das Auslieferungsgesuch ab, wie die Verbündeten es fordern, ab, nicht weil wir die auf der Auslieferungsliste stehenden für schuldig halten, sondern weil das Auslieferungsgesuch unvollständig ist und einen Racheakt darstellt und mit wahrer Gerechtigkeit nichts zu tun hat. Wir fügen hinzu, daß man die Verantwortung für den Krieg nicht auf eine Regierung allein wälzen darf, obwohl wir wissen, daß der deutsche Kaiser sein gerütteltes Maß an Schuld zu verantworten hat. Der gegenwärtige soziale Zustand Europas macht den Krieg unvermeidlich, und man täuscht die öffentliche Meinung, wenn man behauptet, diese Frage durch die Züchtigung der schuldigen Führer lösen zu können. Aller Wahrscheinlichkeit nach haben die deutschen Offiziere Kriegsverbrechen (Atrocités) verschuldet. Wir wissen aber, daß Kriegsverbrechen von allen Parteien verübt worden sind, und wir wenden uns infolgedessen gegen ein System, das geneigt ist, eine Sache zu entschuldigen, die aus der Barbarei und der Schande des Militarismus entspringt. Hier, wie überall, bewachen wir die Dinge von einem internationalen Gesichtspunkt aus, der unserer Meinung nach der einzig wahrhaft menschliche ist.

Wir brauchen nicht hinzuzufügen, daß wir diesen Standpunkt des Verfassers von „Feuer“ und „Erluchtung“ begrüßen und daß wir seine Ausführungen, die ein Muster an sozialistischer und internationaler

Objektivität darstellen, Wort für Wort uns zu eigen machen.

In der nach dem Versailler Friedensvertrag regierten Welt sind Männer wie Henri Barbusse ein Trost — und eine Hoffnung!

### Die englischen Arbeiter gegen Versailles.

Die Unabhängige Arbeiter-Partei Englands (Independent Labour Party) veranstaltet am kommenden Sonntag in ganz England große Kundgebungen:

1. um gegen die „ungeheuerlichen Bedingungen des Friedensvertrages“ zu protestieren;
2. um eine „durchschlagende Revision“ dieser Bedingungen zu verlangen;
3. um die Solidarität der I. L. P. mit den sozialistischen Parteien der ganzen Welt zu betonen;
4. um festzustellen, daß die I. L. P. gegen den Krieg war, weil Anhängerin einer internationalen Politik, und daß sie für einen gerechten und dauernden Frieden war.

### Baltikum in Pommern.

#### Eiserne Division und eiserne Stirnen.

Nachdem die deutsch-nationale Presse ein paar Tage lang auf unsere Feststellungen über die militärische Geheimbündelei zwischen pommerschen Junkern und ehemaligen Baltikumern geschwiegen hat, ergreift jetzt endlich die „Deutsche Tageszeitung“ das Wort, um mit dreifacher Stimme alles zu leugnen. Wichtig sei nur, daß die Angehörigen eines aufgelösten ehemaligen Sturmabteiles auf den Gütern Arbeit gefunden hätten, aber bewaffnet seien sie nicht. Zumerhin wird zugegeben:

Daß hier und da einer dieser ehemaligen Soldaten eine Waffe durchgeschmuggelt haben mag, liegt in der Natur der Dinge; auch wenn die Rebellion des „Vorwärts“ selber damit betraht worden wäre, diese Leute unterzubringen und auf Waffen zu kontrollieren, würde es ihr sicher nicht gelingen sein, diese Aufgabe vollständig zu lösen. (O ja! Red. d. B.)

Die Wagenladungen von Waffen und Munition, die außerhalb der Gütern abgeladen wurden, kann man dreist ableugnen, denn sie sind inzwischen gut versteckt worden.

Aber da bleibt immer noch als peinlicher Rest jenes Flugblatt vom Verein ehemaliger Angehöriger der Eisernen Division, aus dem wir jüngst ein paar bezeichnende Stellen veröffentlicht haben, die den wahren Charakter dieser politisch-militärischen Verschönerung mit aller Deutlichkeit enthüllen. Die kommt man darüber hinweg? Höchst einfach, man leugnet alles. Die „Deutsche Tageszeitung“ erklärt:

Dieses merkwürdig abgefaßte Flugblatt ist offenbar ebenso Schwindel wie alle anderen Behauptungen der „Vorwärts“-Gewährsmänner. Es mag gewiss sein, daß einzelne dieser früheren Baltikumkämpfer gelegentlich Ausschreitungen tun, die für die Goldmünze nicht besonders geeignet sind; angesichts der Schäden, die in welcher sie von der Regierung der glorreichen deutschen Republik im Osten gelassen worden sind, wäre es geradezu ein Wunder, wenn solche Ausschreitungen des Unmuts nicht vorkämen. Besonders dürften derartige Ausschreitungen — dafür bestehen bestimmte Anhaltspunkte — gegenüber sozialdemokratischen Spitzeln hier und da gemacht worden sein; und auf den Behauptungen dieser ehemaligen Freunde des „Vorwärts“ beruht wahrscheinlich jenes angebliche Flugblatt, ebenso wie die Berichte des sozialdemokratischen Zentralorgans.

Die „Deutsche Tageszeitung“ mag sich beruhigen. Dieses Flugblatt ist ebenso wenig ein Schwindel, wie der Graf Kedenlow ein Geist ist oder Geist hat. Es beruht auch nicht auf Aussagen irgendwelcher Leute, sondern liegt uns in Original doppelseitig gedruckt vor.

Wir sind gern bereit, einen Vertrauensmann der „Deutschen Tageszeitung“ zu empfangen, um ihm dieses Dokument vorzulegen.

### Der malerische Winkel.

Die würdigen, mehr oder minder standesbewußten Bürger lassen jeden Besuch, den sie bekommen, ihn anstaunen, den malerischen Winkel.

Die Oberlehrer und Lehrer führen alljährlich ihre Kinder hin zu ihm und erläutern ihnen die „historische Bedeutsamkeit“ des malerischen Winkels und lassen große Aufsätze über ihn schreiben. Die Schüler und Schülerinnen sämtlicher umliegenden Kunstgewerbeschulen versuchen ihre ersten Kritikelartikel — pardon — Zeugnisaufsätze an dem malerischen Winkel.

Ein Professor aus der Hauptstadt durchstöberte ihn einstmal acht Tage lang, fotografierte ihn von allen Seiten und hielt den wühlgeliebten Vögeln der Stadt einen stundenlangen Vortrag über das „Kleinod mittelalterlicher Städtebaukunst“, das sie in ihren Mauern bergen.

Der Besitzer dieses „Kleinods“ Kopft sich behäbig auf das runde Bänkelein und ist mit der Rentabilität seines Besitztums äußerst zufrieden.

Nur die Bewohner des malerischen Winkels, Kermis der Armen, Schimpfen über die winkligen Treppen, die feuchten, gewürm- und Ingezielter beherbergenden Mauern, über die stichigen, dunklen Stuben, die durch Zwischenwände noch dumper — und reutabler gemacht worden sind. Schimpfen und streiten sich um die halbbrecherische Reinigung der steilen Treppen, über die einzigen Saftstücke, den einzigen heißen Boden, den einzigen trodenen Keller. Schimpfen und verfluchen den Wirt und hassen ihr Heim, dessen dampfe Mittelalterlichkeit auf ihnen lastet wie ein Sklavenjoch, das jedem sagt: „Hier wohnen die, die nicht hinaus können aus Elend und niedriger Iron.“

**Gartenstadt und Volkspark.** Vom Vossbaum der Stadt Altona wird uns geschrieben: Eine der größten innerhalb des Reichs im Bau befindlichen Siedlungen ist die Altonaer Gartenstadt „Stoentamp“. Im Stand der Arbeiten steht sie an der Spitze sämtlicher Siedlungsunternehmen; von den Hunderten von freundlichen Einfamilienhäusern, die dort in wenigen Monaten entstehen sind, werden die meisten schon im kommenden Frühjahr ihren künftigen Bewohnern übergeben werden. Geschaffen wird die Siedlung von der unter Beileitung der Stadt errichteten Gemeinnützigen Heimstätten-V.G. Altona, einer Tochtergesellschaft der von der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte finanzierten Gemeinnützigen V.G. für Angestellte-Heimstätten. Die Kolonie umfaßt im wesentlichen Einfamilienhäuser mit Wohnungen von drei bis fünf Zimmern. Jedes Stadler erhält ein Gartengrundstück in der Größe von etwa 200 bis 300 Quadratmetern. Neben dem Hauptweg ist auch der Nebenweg zulässig, und zwar werden sich die Alleen voraussichtlich zwischen 50 und 1200 M. bewegen. Das sind zumal für eine Großstadt erstmalig niedrige Beträge. Dabei ist die Ausführung auch noch den Begriffen früherer, besserer Zeiten angeordnet. Die Stadt Altona betreibt selbst in ihrer großen Stadtgießerei die Herstellung der Ziegel, so daß der ausschweifende Dachsteinbau beibehalten werden konnte. Sämtliche

Fenster sind Doppelfenster, was im Hinblick auf die sicherlich noch lange anhaltenden Schwierigkeiten der Kohlenversorgung heute weniger denn je als ein Luxus angesehen werden kann.

Unweit der Siedlung, zu der auch zwei Gehöfte für erwerbstätige Männer und Frauen gehören, wird ein großer keltischer Volkspark von mehr als einer Million Quadratmeter Flächeninhalt geschaffen. Weitgehende Anlagen und prächtige Birken- und Niefenbäume, ein Stadion, etwa 40 Tennis-, Fußball- und Hodelplätze und andere sportliche Einrichtungen werden dort für die natur- und sporttreudigen Stadtbewohner hergerichtet. Jedenfalls geht hier ein Werk seiner Vollendung entgegen, das als eine Kulturtat weithin Beachtung verdient.

**Die Scham von Wissenheim.** Im Kreis Düren ist ein großes Lachen im Gange. Etwelche Einwohner des zugehörigen Dorfes Wissenheim bei Rixingen haben den Namen ihrer Heimat nicht länger ertragen. Sie sehen sich mehrere tauende Mark kosten, und nun ist er überwunden. Ein anderer tritt an seine Stelle. Aus der ländernden Umfassung gingen sie als Inassen von nunmehr Muldenau hervor. Ihre Scham hat gesteht, ein Heigenblatt deckt den Namen, der ihnen ein Kergernis war. Aus Gründen der Stillsicht? Wird wohl so sein. Aber auch hier wird es heißen: teils dreierhalb, teils auherdem. Der alte Name trug den Wissenheimern sicherlich manche Rederei ein. Aber wenn die im Grunde harmlos war, für sie was sie schwerer. Und nun? Haben sie dem Spak, den ihr Stolz nicht länger duldet, nach ihrer Rechnung das Köderlein verstopft, so ist jetzt dafür ein bidies Rohr aufgeschlungen. Der ganze Dürener Kreis lacht und der Spott wird sorgen, daß der alte Name lustig weiterlebt. Man wirt heutzutage keinen Anlaß zu sinniger Geterkeit leichtfertig über Wort.

Ein Dürener Geschichtsgelehrter hat den Fall sofort aufgegriffen. Er leuchtet den schwablen Umäufern loeben in der „W. N. N.“ schönend, aber deutlich heim. Das ist, ruft er, eine Sünde wider den heiligen Geist der Geschichte. Wissenheim ist einer der ältesten Orte des Kreises Düren und wird als Wissenheim schon in einer Urkunde des Königs Iwentibold vom 4. Juni 898 genannt. Der Ort hat also den jetzt getragenen Namen mehr als tausend Jahre geführt, ohne daß die Bewohner sich dessen geschämt oder an Leid oder Seele durch ihn Schaden genommen hätten. Ich weiß nicht, wer diese lächerliche Tat angeragt, durchgeführt und so dem Ort unwürdige Kosten verursacht hat; ich bin aber überzeugt, daß es kein Urtheilsgesessener war, denn unsre nordenstarken Bauern sind nicht so zimperlich, sondern gewöhnt, die Dinge beim rechten Namen zu nennen. In spätem Urkunden heißt der Ort Wissenheim; Wissen, Vesselm spricht der Volksmund, wodurch der able Klang des Namens istwunder. Dazu sind wir in der seltenen Lage, seine Entschuldigend restlos zu deuten. Wissen hat im Althochdeutschen die allgemeine Bedeutung „eine Flüssigkeit ausströmen oder strahlend emporzudringen lassen“, als die fränkischen Ansiedler nach Zerstörung der von mir nachgewiesenen römischen Ansiedlung hier eine neue Siedlung gründeten, da nannten sie diese nach der dort heil emporsichendenden Quelle des in den Kesselbach stehenden Baches.

Daß das Ergebnis der nun unillogischen Namensänderung nicht nur geistlich, sondern auch von sprachlichen Standpunkt aus verfehlt ist, weiß Dr. Schoop in weiteren Ausführungen nach, die ihre Richtigkeit haben mögen. Berechtigt ist aber auch seine Verwunderung, daß man „in Berlin“, ohne sich beim Dürener Stadtrat

nach den Rechten des alten Namens zu erkundigen, der Scham von Wissenheim allzu wüthig beigeprägungen ist. Nun wird der alte nette Name, der bisher nur in engem Bezirk einen Ruf hatte, erst recht im übrigen Deutschland „strahlend emporzudringen“.

Stefan Großmann sendet uns in Anknüpfung an den gestern von uns berichteten Angriff der „Reichsbühne“ folgende Mitteilung: Als alter Mitarbeiter und Freund des „Vorwärts“ darf ich Sie um Aufnahme folgender Nachricht bitten: Die Vorwürfe des Herrn Jacobsohn sind gerade in jener Zeit lebendig geworden, in der meine neue Wochenschrift „Das Tagesbuch“ herauskam und sich durchsetzte. Zur Sache bemerke ich, daß ich niemals pseudonym über Roste oder Toller geschrieben habe. Ich stand mit meinem Namen für Roste im Frühjahr 1910 ein, als es Literaturmode war, ihn Mörder zu nennen. Soll mir das vom „Vorwärts“ angekreidet werden? (Wozu diese Frage? Wir haben lediglich, ohne Partei zu nehmen, den Ausbruch des Streites um Großmann registriert, D. Red.) Deshalb habe ich aber doch Toller, dessen Prozeß ich anhörete, für einen reinen Reinken, einen Dichter und Schwärmer gehalten und ich bedauere ihn unter meinem vollen Namen. Das ist nur für einen Theaternarren ein Gegenlag. Das den Kronprinz anlangt, so habe ich einen offensichtlich ironischen Ausfall von Thomas Behrlin in mein „Tagesbuch“ aufgenommen, worin der Kronprinz aufgefordert wurde, sich der Entente selbst zu stellen. Aus ein politischer Idiot konnte die Ironie des Ausfalls verstehen. Nur wirt mir Herr Barnowsky als Antwort auf ein Reinken über seine Tätigkeit vor, ich hätte geschäftliche Interessen an Berliner Theatern. Das ist eine zu dumme Unterlämmtheit. Ich habe selbstverständlich nie einen Pfennig aus irgendeinem Berliner Theater bezogen. Im vorigen Jahr erst hat Reinhardt meine Hilfe gegen die grossernde Filmerei der Schauspielerei, ich wies ihn an einen Anwalt, der mit Hilfe der Bühnengenossenschaft eine reitende Organisation verstand. Ich selbst war ehrenamtlich bei drei oder vier Konferenzen anwesend, dann kümmerte ich mich um den Lauf der Sache nicht mehr, bis ich hörte, daß sie gecheitert sei. Mein Gewinn dabei bestand aus Zeitverlust. Herr Barnowsky erzählt dann von einem Lustspiel „Edermann“, das ich dem Lesing-Theater hätte anvertrauen wollen. In Wirklichkeit existiert nur der Unfall zu dem Stück, geschrieben ist nicht eine Szene davon. Weder Herr Barnowsky, noch irgendein anderer Direktor weiß von dem „Edermann“ mehr als ein paar Sätze, die ich vor fünf Jahren einmal im Gespräch hingeworfen habe. Es handelt sich also, wie Sie sehen, um die trostloseste Kombination von Theater- und Literatenkath, mit der ich aus durchsichtigen Gründen behelligt werden soll.

**Theater.** Von Douglas Goldring, dem Generalsekretär der englischen „Clarte“, erscheint ein Drama „Der Kampf um die Freiheit“ im Verlage von G. H. R. K. K. K. K. K. — In Stuttgart stellt das Veronal des Operntheaters wegen verlagter Bohrerhaltung. Das im Leipziger Stadttheater gestellt werde, wird bestimmt.

Die letzte Revolution heißt ein Vortrag, den heute Abend Anton

Ruf aus Wien in der Gesellschaft hält.  
Eine Völkertarve: Nordpolen und Süddeutschland in im Maßstab 1:1 000 000 (zum Preise von 2.50 M.) im Verlage Flemming u. Blohm erschienen. Sie reicht von Riga bis über Krakau hinaus, von Sibirien bis West-Altona.

## Die Heher um jeden Preis.

Die Zuschrift, in der Lloyd George dem deutschen Geschäftsträger Scharmer mitgeteilt hat, daß der Oberste Rat der Alliierten einem Aufschub von drei Monaten für die Herabsetzung der deutschen Wehrmacht zugestimmt hat, ist ein erfreulicher Beweis dafür, daß die vernünftigen Elemente auf der Gegenseite sich wiederum als stärker erweisen haben, als die Scharmacher.

Es ist aber für die Mentalität der Deutschen nationalen bezeichnend, wie die rechtsstehende Presse dieses neue konkrete Zeichen von Entgegenkommen aufnimmt: man gewinnt immer deutlicher den Eindruck, daß es unseren „Patrioten“ sehr unangelegen kommt, wenn unser Land aus einer gefährlichen Situation durch ein Zugeständnis unserer Gegner befreit wird. Die „Kreuzzeitung“ warnt ihre Leser vor den „unpolitischen Schmeicheln“, die an gewisse Nachgiebigkeiten der Entente glauben und in ihrer Harmlosigkeit und Ungelehrlichkeit diesen Gedanken auch noch möglichst breit und offen behandeln. Für sie soll mit diesem Aufschub „nur den Interessen der Entente gedient werden“. Deutlicher drückt sich die „Post“ aus, die in diesem Zugeständnis Lloyd Georges „weiterreichende Absichten der Ententestaatsmänner“ vermutet. England denke sich „die deutsche Armee in der Rolle eines englischen Landsknechts, der England selbst Blut und Kosten erspart, um die bolschewistische Gefahr im Osten abzuwehren“. „Es ist nötig“, fügt die „Post“ hinzu, „daß wir den englischen Egoismus, der nichts für Deutschland selbst tut, deutlich erkennen“.

Der „Reichsbote“ schreibt zwar nichts zu dem Brief Lloyd Georges, bringt aber die betreffende Meldung über den uns zugewilligten Aufschub an erster Stelle unter der Ueberschrift: „Für Vernichtung der deutschen Wehrmacht!“ Der „Lokal-Anzeiger“, dessen schwerindustrielle Hintermänner wohl sehr betrübt sind, daß sie nicht für ein Millionenheer Kriegsmaterial teuer herstellen und sich die Kosten teilen können, wie in den „goldenen“ Friedens- und Kriegzeiten, meint, daß das wieder ein Fall sei, „wo die Vernunft der Dinge sich nicht durchsetzt“, er ist aber so gnädig, „doch einen kleinen Anlauf dazu“ festzustellen.

Wir fragen: Wie hätte erst dieselbe deutschnationale Presse gehandelt, wenn die Entente auf die Vorstellungen der deutschen Regierung nicht eingegangen wäre! Und man muß geradezu zu der Schlussfolgerung kommen, daß es den Herren auf der rechten Seite viel lieber ist, wenn die Entente Deutschland Schwierigkeiten macht, als wenn sie ihm entgegenkommt: denn das parteipolitische Geschäft, die nationalistiche-reaktionäre Agitation, läßt sich viel leichter treiben, wenn das Vaterland in Not ist, als wenn es Veranlassung hat, etwas aufzuatmen. Deshalb die Hehe um jeden Preis, deshalb dieses deutsche Bestreben, die uns verhältnismäßig wohlgeleiteten Kreise der Entente durch Beschimpfungen und Verdächtigungen vor den Kopf zu stoßen und von weiteren Zugeständnissen abzuhalten.

## Kreuzzeitungs-Schwindel.

Aus Lichtenberg berichtet die „Kreuzzeitung“ eine Schandgeschichte. Man habe dort ein Regimentsblatt gründen wollen, aber diesem sei kein Papier bewilligt worden. „Wie man erzählt“, hatten die Hintermänner des „Vorwärts“ auf die Papierstelle eingewirkt; denn das Regimentsblatt würde sonst seine Lichtenberger Abonnenten, einige tausend, verlieren.

Diese Behauptung ist glatter Schwindel. Eine derartige Einwirkung auf die Papierstelle seitens des „Vorwärts“ hat niemals stattgefunden, ganz abgesehen davon, daß die Papierstelle auf ein solches Ansuchen wohl kaum reagiert haben würde. Es ist charakteristisch, daß die „Kreuzzeitung“ derartige Gerüchte, daß sie selbst als solches kennzeichnet, ohne jeden Vorbehalt und ohne sich über seine Richtigkeit zu vergewissern, wiedergibt. Bei der bekannten Manier des Blattes erwarten wir auch nicht, daß es den Schwindel richtigstellen wird.

## Hoffnung auf Kohle!

Den Reichsministern ist es durch ihren unmittelbaren Einfluß gelungen, die bergbaulichen Interessenten und die Vertreter der großen Bergarbeiterverbände zu dem einmütigen Beschluß zu bringen, in Anbetracht der Not des Vaterlandes und der schweren Wirtschaftslage infolge des Kohlenmangels die Arbeitszeit im Kohlenbergbau durch Leistung von Ueberstunden auf  $8\frac{1}{2}$  Stunden zu verlängern.

Zwar ist dieser Beschluß zunächst nur von den Führern gefaßt worden. Es steht jedoch zu erwarten, daß sich die Bergarbeiter diesen Beschluß voll zu eigen machen. Sie würden sich ein Verdienst von unergänglicher Größe erwerben, wenn sie nunmehr ihrerseits erklären: ja, wohl, wir wollen mit allen unseren Kräften helfen, das deutsche Volk wieder aufzurichten! Es ist ein Opfer, das die Vergleiche dem Volke bringen. Sie geben damit bis auf weiteres den Siebenstundentag preis. Aber es ist ein Opfer, das ihnen Ehre und den Dank der Millionen Arbeiter einbringt, denen dadurch bessere Existenzbedingungen geschaffen werden.

## Ein mißglückter Vergleich.

Die „Freiheit“ vergleicht in ihrer Morgenausgabe vom 19. d. M. den Ausgang des Streits der Wiener Ankerbrotfabrik mit den „Methoden der deutschen Regierung“ in einem solchen Falle. In diesem Streit waren 1900 Angehörige in den Ausstand getreten, um die Entfernung eines einzelnen zu erzwingen, der sich ihrer Organisation nicht anschließen wollte, obwohl durch diesen Ausstand mehr als 40 Proz. der Bevölkerung Wiens ohne das tägliche Brot bleiben mußte. Schließlich mißglückte die Regierung in dem folgenschweren Streit, indem sie auf Grund eines früheren kaiserlichen Befehls. Damit war wohl nach zwei Tagen der Ausstand beendet, aber nicht dessen katastrophale Folgen für die Allgemeinheit vermieden worden: Hunderttausende von Menschen blieben durch das Vorgehen der Angestellten zwei Tage ohne ihr tägliches Brot, 40 000 Kilogramm Mehl, die bereits angekauft waren, gingen zugrunde!

Und nun verherrlicht die „Freiheit“ diese Lösung und meint, daß in Deutschland ein solcher Ausgang nicht möglich gewesen sei, da in diesem Falle die „Technische Nothilfe“ von der Regierung eingesetzt worden wäre. Weist denn die „Freiheit“ nicht, wie sehr sie ihrer selbst damit spottet. Denn den einzigen und folgenschweren Nachteil des ganzen Streits, die Schädigung der All-

gemeinheit und Gesamtwirtschaft am stärksten, den die österreichische Regierung nicht hat vermeiden können, hätte die deutsche Regierung durch den Einfluß ihrer Technischen Nothilfe sofort ausgeschaltet, wie es die „Freiheit“ durch Anführung „dieser Methode“ ja selbst zugibt. Dann hätte ohne Schädigung des Gemeinwohls, für das in erster Linie zu sorgen Pflicht jeder Regierung ist, durch Verhandlungen der Streitgrund aus der Welt geschafft werden können. Die „Freiheit“ hätte also besser getan, von diesem Vergleiche zu Schweigen oder steht ihr das agitatorische Interesse etwa höher als Hunderttausende Menschenmagen und die Vernichtung von 40 000 Kilo Mehl?

## Beschlagnahme von Silber im Saargebiet.

Nach einer Meldung der „Volkstimme“ in Saarbrücken werden in Saarbrücken und Umgebung in letzter Zeit große Mengen Silbergeld beschlagnahmt. In dem von Mainz kommenden Schnellzug wurden in der Nacht zum Sonntag auf dem Bahnhof in Neunkirchen nicht weniger als zwei Zentner deutsches Silbergeld, bestehend aus den verschiedensten Stücken, vorgefunden. In der Nacht zum Montag konnten auf dem hiesigen Bahnhof etwas über 8000 M. Silbergeld beschlagnahmt werden. Das Geld ist in beiden Fällen dem Sondergericht zugeführt worden, wohin auch die Besitzer desselben gebracht wurden.

## Das Betriebsrätegesetz im linksrheinischen Gebiet genehmigt.

Das „Bismarcker Tageblatt“ bringt die Nachricht, daß die französische Militärbehörde ihm mitgeteilt habe, daß das Betriebsrätegesetz für das linksrheinische Gebiet bereits genehmigt sei. Wenn diese Nachricht auf Wahrheit beruht, wäre damit ein seit langem bestehendes Streitobjekt zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgeber des besetzten Gebietes und ein Agitationsmittel der Franzosen selbst aus der Welt geschaffen.

## Ausschuß für landwirtschaftliches Genossenschaftswesen

Beim Landwirtschaftsministerium soll ein Ausschuß für das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen verfassungsmäßig errichtet werden. Dieser Ausschuß soll aus einem Vorsitzenden, den beteiligten Referenten des Ministeriums und fünf Sachverständigen des Genossenschaftswesens bestehen und die Aufgabe haben, den Minister in allen das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen in Preußen berührenden allgemeinen Fragen zu beraten, auch Anregungen zur Förderung des preussischen landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens zu geben.

## Das bayerische Lehrgesetz.

München, 19. Februar. (M.Z.) Der Ausschuß des bayerischen Landtages zur Beratung des Lehrgesetzes hat mit 15 gegen 11 Stimmen die Abänderungsvorlage der Regierung abgelehnt, nach welcher den Lehrern die Berechtigung des Artikels 128 Abs. 2 der Reichsverfassung das Recht auf Verheiratung zuzuschreiben soll.

## Eine erfundene Note.

Der Saager „Nieuwe Courant“ veröffentlicht eine spaltlange Note der deutschen Regierung an die Alliierten, die klar und unverkennbar den deutschen Staatsbankrott erklärt und darum sehr interessant wäre — hätte sie sich nicht ein Spahndogel oder ein Geschäftsmann von Anfang bis zu Ende aus den Fingern gezogen. Die deutsche Regierung weiß nichts davon.

Holländisch Nieuwsbureau meldet: Nach Rücksprache mit dem Chef der Nachrichtenabteilung des holländischen Amtes, der zu dieser Auskunftsbereitstellung vom Minister des Auswärtigen ermächtigt worden ist, kann das holländische Nieuwsbureau mitteilen, daß eine solche Note von der deutschen Regierung nicht abgefaßt worden ist, daß es sich vielmehr um eine freie Erfindung handelt. Auch Ergberger bezeichnet die Meldung als Unsinn.

Die Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie hat den von ihr für den 21. Februar geplanten zweiten deutschen Sozialistenkongress auf den 7. und 8. März verschoben. Diese Tagung soll sich auch mit der Gründung der neuen Partei, die von süddeutschen Sozialisten propagiert worden ist, befassen. Die Parteivorstände sämtlicher sozialistischer Parteien sollen erachtet werden, sich auf der Tagung vertreten zu lassen, um zu der „Einigungspartei“ Stellung zu nehmen.

Zur Regelung der Einfuhr. Der Reichsrat nahm in seiner öffentlichen Sitzung die vom Volkswirtschaftsausschuß der Nationalversammlung bereits gebilligte Verordnung an, die die Verordnung über die Regelung der Einfuhr vom 16. April 1917 abändert. Der Reichswirtschaftsminister kann danach u. a. Dispenz vom Einfuhrverbot erteilen, wenn es sich um Waren handelt, die bereits im Ausland angeliefert sind. Der Reichsrat empfahl dem Wirtschaftsminister, in dieser Beziehung recht streng vorzugehen. — Angenommen wurde die Verordnung über Auherrsetzung der Silbermünzen.

Sozialdemokratische Wohlfahrtspflege. Zu dem Artikel „Sozialdemokratische Wohlfahrtspflege“ in Nr. 81 des „Vorwärts“ titelt Genossin Adele Schreiber uns um folgende Mitteilung: „Die von mir dem Hauptauschuß für Arbeiterwohlfahrt angeforderte Summe von 100 000 M. habe ich diesem nicht persönlich, sondern als Vertreterin der Vereinigung für Kinderhilfe, Deutsche Zentrale der Internationalen Vereinigung für Kinderhilfe“ zur Förderung der Kinderernte im Erzgebirge zur Verfügung gestellt. Die Vereinigung für Kinderhilfe hofft, auch noch weiterhin dem Hauptauschuß für Arbeiterwohlfahrt und seine Ziele durch ihre Tätigkeit Mittel zuführen zu können.“

Der Steuerausschuß der Nationalversammlung schloß die Beratung des Reichseinkommensteuergesetzes fort. Zur Frage der Höhe des steuerfreien Existenzminimums (§ 19) sowie des § 16, wonach dem Einkommen des Haushaltungsorganisations das Einkommen seiner zu seiner Haushaltung zählenden minderfähigen Kinder hinzugerechnet wird, einem Interzessfuß zu überweisen. Ein Antrag Altmann (Dem.) wurde angenommen, dem § 27 einen neuen Absatz hinzuzufügen, so daß der Paragraph damit folgenden Wortlaut hat: „Die Steuerpflichtigen, welche im Inland weder einen Wohnsitz noch ihren Aufenthalt haben, bleibt der Anteil des Landes und der Gemeinde (Gemeindeverband) an der geschätzten Einkommensteuer unerböhen, soweit diese nicht aus Einkommen aus inländischem Grundbesitz oder Gewerbebetrieb anfällt. Dies gilt nicht für Deutsche, soweit diese nicht für noch dem Gesetze gegen die Steuerpflicht vom 26. Juni 1918 der inländischen Steuerpflicht in Beziehung auf die Personalsteuern des Reichs und der Länder unterworfen bleiben.“

Reverend, der in Genu gefangen sein sollte, befindet sich laut „Daily Herald“ in England.

## Wirtschaft.

### Wer bezahlt die Kosten?

Zwischen dem Wirtschaftsministerium und den Bergherren, den Hohenbergern bzw. ihren gut bezahlten leitenden Angestellten werden die Klagen gekreuzt. Man kämpft um den Preis, der für die mit besonderen Aufwendungen geförderte Kohle von den Verbrauchern gezahlt werden soll. Die Betriebsrichtungen, die stark reparatur- und ergänzungsbedürftig sein sollen, müssen unter Aufwendung erheblicher Kosten instandgesetzt werden, wenn die Zeichen zu den allerhöchsten Förderleistungen gebracht werden sollen. Nun besteht Streit darüber, ob diese Aufwendungen, die hohe Summen zweifellos ausmachen werden, als Unterhaltungskosten, d. h. Betriebsausgaben oder als Ertrag- bzw. Erneuerungsbauten betrachtet werden sollen. Im ersteren Fall wären sie aus den laufenden Betriebseinnahmen, im letzteren Fall wären die Kosten aus Kapitaleinlagen zu decken, die mit einem bestimmten Prozentsatz, etwa 10–15 Proz., durch Abschreibung zu tilgen wären.

Die Kapitalisten wollen kein neues Geld hergeben, verlangen vielmehr, daß die Kohlenpreise so hoch gestellt werden, daß sie aus ihnen im laufenden Jahre auch alle Aufwendungen für die Wiederinstandsetzung heranzuschaffen können.

Sehen wir uns die Steigerung der Kohlenpreise an: Fettsäurekohle aus dem Ruhrrevier kostete je Tonne:

	M.		M.
1914 . . . .	18,50	1. 6. 19 . . . .	70,00
1918 . . . .	29,55	1. 10. 19 . . . .	80,00
1. 1. 19 . . . .	44,00	1. 12. 19 . . . .	89,00
1. 5. 19 . . . .	64,00	1. 1. 20 . . . .	110,00

Außerdem werden weiter bewilligt für Bau von Wohnungen 6 M. und für Ernährungszuschüsse an die Bergarbeiter 2 M. je Tonne. Das Reich hat aus eigenen Mitteln durch Beschaffung von Wohnbaracken kräftig geholfen.

Die Sachlage ist nun so, daß die Bergherren, die sich vollends wie alle Produzenten als Monopolisten fühlen, fordern, daß ihnen die Verbraucher alles sofort bezahlen, was in die Betriebe zur Erhöhung der Leistung hineingesteckt werden muß, daß die Allgemeinheit in Form einer Kohlensteuer den Bergherren das Kapital zur Verfügung stellt, das in einer freien kapitalistischen Wirtschaft bislang von den Kapitalisten selbst aufgebracht wurde.

Erfreulicherweise hat nun das Wirtschaftsministerium gegen diese Forderung energig Front gemacht. Unterstaatssekretär Dirsch, der ja bekanntlich Spezialist auf dem Gebiet der Preisbildung und Preisfestsetzung ist, hat folgenden Standpunkt eingenommen, der gewiß von allen Verbrauchern und allen Arbeitern gebilligt wird. Er sagt: Wenn die Kohlenproduktion auf höchste gesteigert werden soll, müssen große Aufwendungen gemacht werden. Wenn die Kapitalisten sich außerhande erklären, diese Kapitalien herzugeben, dann muß die Allgemeinheit sie beschaffen, d. h. der Preis für die Kohle sie liefern. Aber, diese Aufwendungen der Allgemeinheit für die Bergwerke müssen ihr auch ein Teilhaberrecht an diesen Betrieben sichern!

Nun ist das Geschrei groß, denn die Herren sehen in der Erwerbung des Anteilgenussrechtes des Reiches an den Bergwerken die so gewaltig gesüchtete „Sozialisierung“.

Der Weg, den Dirsch hier gewiesen hat, ist neu, er ist gangbar und einfach, er macht auf dem Weg der organischen Entwicklung die Produktion zu einer öffentlichen Angelegenheit, er legt die Entscheidung in die Hände sachverständiger, gemeinwirtschaftlich aufgebauter Körperschaften, er macht der Geheimwirtschaft des Privatmonopols „Kohlen-syndikat“ endlich ein Ende. Jetzt wird es sich ja zeigen müssen, ob in der deutschen Republik das „Volk“ seine Wirtschaft leitet, oder ob es sich dem Willen kleiner Kapitalistengruppen zu fügen hat.

### Zur Verteuerung des Leders.

Aus den Kreisen der Häutehändler geht uns folgende Einwendung zu:

Zur Lederherstellung müßte jetzt genügend Rohmaterial vorhanden sein, nachdem nach übereinstimmenden Mitteilungen ziemlich große Mengen Rohhäute und Felle eingeführt werden, auch das inländische Gefälle fast ausnahmslos zur Verfügung steht und der enorme Militärbedarf aufgehört hat. Jetzt ist nur das Reichswirtschaftsministerium dabei, eine zentrale Regelung der Häute- und Lederverwirtschaftung herbeizuführen und gegen den Willen des Ministers Stambel gehen trotzdem sehr viele Kreise und Kommunen dazu über, die bei ihnen anfallenden Häute und Felle selbst gerben und zu Leder und Schuhwerk für ihre Eingekauften vorzubereiten zu lassen. Einzelne Landräte sind sogar zur lokalen Beschlagnahme geschritten.

Eine Fachzeitung berichtet, daß allein in Altona seit Oktober 1918 von dem Schleswig-Holsteinischen Viehhändlerverband und der Gemeinde Altona circa 5100 Stück Großviehhäute über 30 Pfund Gewicht zur Aufbewahrung genommen worden und zum Teil jetzt noch — also seit circa 4 Monaten — eingelagert sind.

Da braucht man sich allerdings nicht über die Leder-verteuerung zu wundern, die noch von den einzelnen Kreisen und Kommunen her mehr wird. Es ist wirklich hohe Zeit, daß da einmal mit starkem Arm eingegriffen wird und die Sonderbestrebungen der nachgeordneten Stellen verboten werden.

Daß die Kommunen infolge der ungeheuren Spekulationen mit Häuten, die die Freigabe gestattet hat, zur Selbsthilfe greifen, ist verständlich. Dennoch ist dieser Weg falsch. Nur eine zentrale Bewirtschaftung kann eine gleichmäßige Verteilung des Materials sichern, sonst kauft die eine Stadt der anderen die Häute weg. Das bedeutet aber keine Verteuerung, sondern im Gegenteil eine Verteuerung. An die Stelle der Händler tritt die Konkurrenz der Kommunen.

### Ruhrkohlen-Förderung.

Die monatliche Kohlenförderung beträgt gegenwärtig etwa 6,5 Millionen Tonnen gegen 8,5 Millionen Tonnen in der Vorkriegszeit. Nach Abzug der monatlich an die Entente zu liefernden Kohlenmengen verbleiben für den heimischen Bedarf keine 5 Millionen Tonnen monatlich. Der fehlende Betrag an Kohlen ist also so außerordentlich groß — zumal wenn man berücksichtigt, daß jetzt auch Süddeutschland, soweit es früher Baggkohlen bezog und die Kohlanstädte an Stelle der englischen Bunkerkohle, ganz auf die Ruhrkohle angewiesen sind —, daß er durch die Wiedererrichtung der Friedensförderung nicht einmal ausgeglichen werden kann.

Deutsche Dunlop Gummi Company L. G. in Genu u. M., die als englisches Unternehmen lange Zeit unter Zwangsverwaltung stand, die erst 1917 nach Erwerb der Aktien durch die Adlerwerke vorm. Altmann u. Co. und die Autowerke Adam Opel aufgehoben wurde, schließt 1918/19 mit 236 206 Pfl. Verlust ab.

# Verbandstag der Landarbeiter.

Am Donnerstagnachmittag trat der Verbandstag in die Statutenberatung ein. Diller, Berichterstatter der Statutenberatungskommission, empfahl die Einführung einer vierten Beitragsklasse und Beiträge von 40 Pf. in der ersten, 60 Pf. in der zweiten, 80 Pf. in der dritten, 1 M. in der vierten Klasse, dazu örtliche Zuschläge von 10-25 Pf. Dementprechend sollen auch die Unterstützungssätze nach vier Klassen abgestuft werden. — Die Leitungen der Ortsgruppen sollen nicht mehr vom Verbandsvorstand ernannt, sondern von den Mitgliedern gewählt werden, aber der Bestätigung durch den Verbandsvorstand bedürfen. Die Kommission beantragt die Einlegung eines Verbandsbeitrags, bestehend aus neun im Verlaufe tätigen Mitgliedern, der mitbestimmen hat bei der Vorbereitung besonderer organisatorischer Maßnahmen, bei der Festlegung von Extrabeiträgen, bei Anträgen des Vorstandes auf Statutenänderung, bei normativen Verordnungen des Vorstandes bis zum nächsten Verbandstage, bei Streitverträgen mit anderen Verbänden und in Streitfragen zwischen dem Vorstand und den Mitgliedern.

Dem Bericht folgte eine lange Diskussion. Vor Schluß der Sitzung hielt Kiese vom Vorstand des Verbandes land- und forstwirtschaftlicher Angestellten eine Ansprache, in der er unter anderem sagte, das Verhältnis zwischen den Gutsherrn und den Arbeitern sei noch nicht überall so, wie es sein sollte, aber gegen früher sei doch schon eine Besserung eingetreten. Die Gutsherrn könnten nicht organisiert werden ohne die Unterstützung der organisierten Landarbeiter. Er bitte deshalb, seinen Verband, der die gleichen Ziele erstrebe wie der Landarbeiterverband, zu unterstützen. Er wünsche volle Solidarität zwischen den beiden Verbänden.

Georg Schmidt versicherte, daß die Mitglieder des Landarbeiterverbandes in diesem Sinne handeln werden.

Die Verhandlungen des Verbandstages werden heute, Freitag, fortgesetzt.

## Gewerkschaftsbewegung

### Die Betriebsratswahlen und die Angestellten.

Vom Distriktariat der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände geht um folgende Notiz zu:

Bei den Betriebsratswahlen darf sich kein Mitglied der Afa-Verbände auf politischen Listen aufstellen lassen, noch sich an deren Vorbereitung direkt oder indirekt beteiligen.

Die Afa-Mitglieder dürfen nur freigewerkschaftliche Listen aufstellen und sich nur an solchen beteiligen!

Die Afa-Front ist in diesem Wahlkampf gerichtet:

- Gegen die Unternehmer!
- Gegen die Gewerkschaftsdrabzieher!
- Gegen alle politischen Drabzieher!

Alle Funktionäre und Ausschussmitglieder (Mitgliedsbuch und Funktionärsausweis vorzeigen) versammeln sich am Mittwoch, den 25. d. M., abends 7 1/2 Uhr, in der „Neuen Welt“, Hasenheide 106.

Zur Eure Pflicht, wahr! gewerkschaftliche Disziplin!

### Achtung, Töpfer!

Aus der Wahl des Vorstandes und der Lohnkommission usw. sind folgende Kollegen als gewählt hervorgegangen: I. Vorsitzender: Max Kemnig, I. Kassierer: Karl Brückmann, II. Vorsitzender zugleich II. Kassierer: Karl Reves, I. Schriftführer: Otto Hehn, II. Schriftführer: Ernst Müller, Beisitzer: Richard Hagen, Willi Donner, Adolf Kaiser, Gustav Höfeler, Revisor: Franz Segawa. Lohnkommission: Max Kemnig, Karl Reves, Otto Kronfeld, Richard Hagen, Otto Hehn, Karl Froberg, Paul Vennhöfer, Ernst Grunke, Karl Ziepe. Arbeitsnachweisbureau: Ordentliche Mitglieder: Karl Brückmann, Otto Kronfeld, Otto Hehn, Franz Segawa, Stellvertreter: Karl Ziepe, August Ding, Fritz Werten, Ernst Müller.

### Die Eisenbahnfahrbeamteten und die Besoldungsreform.

Die Arbeitsgemeinschaft der Fahrbeamtetenverbände hatte zum gestrigen Donnerstagabend nach den Musterfällen eine Versammlung des Jugendleitersonnens abgerufen, welche die Wünsche der Eisenbahnfahrbeamteten zur geplanten Beamtenbesoldungsordnung zum Ausdruck bringen sollte.

Der erste Referent Fäber schilderte die wirtschaftliche Lage der Eisenbahner, die unheilbar ist. Die Eisenbahner wünschen Einstellung nach fünfjähriger Dienstzeit, zum mindesten Anrechnung der Zeit, in der sie Beamtendienst getan haben, auf das Besoldungsdienstalter. Ueber die ebenso traurige wirtschaftliche Lage und die schwere, verantwortungsvolle und gefährliche Diensttätigkeit des Jugendleitersonnens sprach der zweite Referent Reu-

mann. Einflüssig wurde dann eine Entschließung angenommen, in der die Versammlung erklärt, daß sie sowohl der Regelung der Besoldungsfrage als auch der Einreichung der Schaffner- und Besoldungsführer in die Besoldungsgruppen nach dem Vorschlag der vier Großorganisationen zustimmt. Sie stimmt unter keinen Umständen einer Trennung der Führer von den Lokomotivführern in der Besoldungsordnung zu und fordert die Gleichstellung der Führer mit den ihnen bis 1888 im Einkommen gleichstehenden Beamten. — Die Abgg. König (Dem.) und Krüger (Soz.) gaben noch die Erklärung ab, daß sie für die Wünsche der Eisenbahner eintreten würden.

Schwarze Listen gibt es noch den tausendfachen Versicherungen der Arbeitgeber nicht mehr. Besonders tat sich hierin der Verband Berliner Metallindustrieller hervor. Der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände ist durch den bekannten günstigen Wind die Absicht einer Auskunft über einen Angestellten auf den Tisch geweht worden. Die Auskunft ist von einer Mitgliedsfirma des S. B. M. J. über einen Angestellten an eine Firma in der Provinz erteilt. Besonders fällt der folgende Satz auf:

„In der Zeit seiner Beschäftigung bei uns war allerdings die vielfache Abwesenheit der Beamten durch Versammlungen und wirtschaftliche und politische Diskussionen den guten Eigenschaften des Angestellten ohne dessen Verhältnisse abträglich.“

Nun sage noch ein Mensch, daß die Herren Arbeitgeber mit schwarzen Listen arbeiten.

In den „Massenentlassungen“ der Hilfskräfte beim Berliner Magistrat will das Nachrichtenamt des Magistrats mit:

Werden Hilfskräfte infolge der Geldnotlage einer Verwaltung entbehrlich, so werden sie einer Zentralnotierungsstelle im Generalbureau des Magistrats gemeldet, welche sie denjenigen Verwaltungsstellen, in denen ein Bedarf besteht, überweist. Werden infolge rückläufiger Geschäftsbewegung einer Verwaltungsstelle Hilfskräfte in einem solchen Umfang entbehrlich, daß mit ihrer Aufnahme durch andere Verwaltungsstellen nicht gerechnet werden kann, so erwirbt sich ein Abban erforderlich auf dem Boden der hierfür vom Reichsarbeitsminister besonders erlassenen Verordnung über die Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung. Das durch diese Verordnung geregelte Verfahren sieht in erster Linie Weiterbeschäftigung der entbehrlichen Hilfskräfte unter Streckung der Arbeitszeit vor. Ueber die Reihenfolge der Entlassungen bestehen in einer Verordnung besondere Vorschriften. Selbstverständlich verfährt auch der Magistrat im Rahmen dieser Verordnung. Das Verfahren ist mit Rechtsgarantien für die Arbeitnehmer ausgestattet. Einen Beschluß, daß höchstens 20 Proz. aller Hilfskräfte der städtischen Verwaltung zu entlassen seien, hat der Magistrat niemals gefaßt. Er wäre auch völlig sinnlos, denn er würde nicht von den konkreten Verhältnissen, dem Bedarf der einzelnen Verwaltungsstellen ausgehen. Und das muß lediglich entscheidend sein. Dies alles ist auch dem Zentralamt für die Statistik bekannt gegeben.

Vom Statistischen Amt der Stadt Berlin wird uns mitgeteilt, daß die Affordarbeit im Statistischen Amt noch nicht eingeführt sei, sie sei zwar vom Angestelltenauschuß zugelassen worden, unterliege aber noch der Beschlußfassung des Magistrats. Demnach könne auch niemand wegen Verweigerung von Affordarbeit entlassen worden sein.

Verband des Post- und Telegraphenpersonals (Möglichkeit im Deutschen Transportarbeiter-Verband). Borkheim, Postbeamtenrat, jugendl. Telegrammbedienter, Kohlenarbeiter, Posthalter und -Kellnerinnen sowie Kleinmachauer von gel. Oberpostdirektionsbezirk Groß-Berlin. Am Sonntag, den 22. Februar, nachmittags 1 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engelwer 15 (großer Saal): Versammlung. Tagesordnung: 1. Berichtserstattung über den Ablauf eines Reichstags mit dem Reichspostministerium. 2. Diskussion und Beschlüsse. 3. Berichtserstattung über den Ablauf der Kontrolle bestimmt mitzuteilen. Sorgfältig für einen gewissen Erfolg. Bringt die Inorganischen zu der Versammlung mit. Deutscher Eisenbahnerverband. Sonntag, den 22. d. M., vormittags 9 Uhr, in der „Neuen Welt“, Palaststraße: Ordentliche Generalversammlung der Verwaltungsstelle Groß-Berlin.

Achtung! Buchbinder! Montag, den 23. Februar, nachmittags 5 Uhr, im Schultheiß-Auskant, Neue Jakobstr. 24/25: Versammlung sämtlicher Betriebsbuchbinder und Delegierter (S. B. D.). Zahlreiches Erscheinen erwünscht. Ohne S. B. D.-Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Trägerlagergemeinschaft. Alle auf Montage beschäftigten Monteur und Helfer: Sonntag, den 22. Februar, vorm. 7 1/2 Uhr, im Lokal von Winkel, Tempelhofer, Götlich-Dankstr. 60: Versammlung.

## Parteinachrichten.

Die sozialdemokratische Parteiorganisation in Hamburg zählte am 31. Dezember 1919 57 285 männliche und 17 029 weibliche Mitglieder, gegen das Vorquartal ein Mehr von 2165 Mitgliedern, ein Beweis, daß unsere Partei nicht nur fest und unerschütterlich dasteht, sondern sich in erfreulicher Weise vorwärts entwickelt. Ein gleich günstiges Bild zeigt die Finanzverwaltung. Unser Gesamteinnahme von 254 186 M. steht eine Gesamtausgabe von 141 231 M. gegenüber. Der Kassendbestand beträgt 112 954 M. Angefaßt der in Aussicht stehenden Beitritten ist dieser Betrag nicht unzureichend, weshalb die am 15. Februar abgehaltene Landeskonferenz beschloß, bis

Ende Mai von den männlichen Mitgliedern 3 M., von den weiblichen Mitgliedern 2 M. Extrabeitrag zu erheben. Die gesamten Einnahmen fließen ungekürzt dem Kassendbestand zu.

Eine Vorhändlung des Bezirks Nordwest beschloß, für die Monate März, April und Mai einen Extrabeitrag von insgesamt 3 M. für männliche und 2 M. für ledige weibliche Mitglieder zu erheben. Beschlüssen über das jugendliche Treiben der Baltikumtruppen im Kreise Rostenburg führten zur einstimmigen Annahme einer Resolution, in der die Unterbringung der Baltikumtruppen in einem Konzentrationslager gefordert wird, um so der Verbreitung von Geschlechtskrankheiten im Kreise Rostenburg zu steuern.

Vom 15. Februar d. J. ab erscheint in Eisenach ein neuer Mitkämpfer, die „Eisenach freie Presse“.

In dem auf Grund des Berliner Friedensvertrages von Deutschland abgetretenen Nemelgebiet hat sich eine selbstständige sozialdemokratische Parteiorganisation gebildet, die auf dem Boden der S. B. D. steht. Das Organisationsstatut ist gemäß den Sonderverhältnissen dem in Weimar 1919 geschaffenen Organisationsstatut der Gesamtpartei angepaßt.

Am 15. Februar verstarb in Orlitz der 63-jährige Genosse Heinrich Sacher, seit Oktober 1909 Geschäftsführer der Göttinger Arbeiterdruckerei und seit 1912 Stadtverordneter.

Ein neues Parteiblatt wird im besetzten Gebiet des früheren Reichswehrkreises Höchst, Homburg, Wittingen gegründet werden, das den Titel „Freie Presse“ führen wird und vom 1. März ab täglich sechsseitig erscheinen soll. Wiederholt wurde der Versuch gemacht, die „Frankfurter Volkstimme“ wieder einzuführen, die mit der Arbeiterbewegung dieses Kreises in enger Fühlung steht. Aber nach den mehrfachen Verböten dieses Blattes durch die Franzosen schien es gewagt, sich auf die „Volkstimme“ festzulegen, die immer größeren Schwierigkeiten ausgesetzt sein wird, weil sie im besetzten Gebiet erscheint. Aus diesem Grunde wurde zur Neugründung der „Freien Presse“ geschritten.

## Soziales.

Der hessische Städtetag, der dieser Tage in Ansbach zusammentrat, nahm u. a. auch zur Veränderung der Städteordnung Stellung. Der Referent Herzog, Oberbürgermeister Dr. Lohmeyer-Königsberg, führte keine Ausführungen in folgende Richtung zusammen: 1. Die Magistratsverfassung der städtischen Städteordnung mit ihrer Teilung der Verantwortung unter zwei gleichberechtigten Organen der städtischen Verwaltung hat sich bis zur Umwälzung im politischen Leben gut bewährt. 2. Die parteipolitische Gestaltung der Städteordnungsversammlung führt zur gleichen Zusammenfassung des Magistrats, der letzten Endes dadurch zu einem bloßen Ausschuss der Stadtverordnetenversammlung wird. Damit entfallen die Vorzüge, welche aber bestrebt die Mängel des bisherigen Zweikammerstems. 3. Der Dreikammerentwurf der neuen Städteordnung nimmt diese Entwicklung voraus durch die Umgestaltung des Magistrats zu einem „Vollzugsausschuß“ der Stadtverordnetenversammlung und kommt praktisch zum Einkammerstems. Das für den Magistrat vorgegebene Beamtungsrecht stellt sich als ein privilegium odiosum dar, das nur geeignet ist, das gute Verhältnis zwischen Magistrat und Stadtverordnetenversammlung zu beeinträchtigen. Im übrigen muß der Magistrat zu einer der Stadtverordnetenversammlung untergeordneten Verwaltungskörpers, deren kollegiale Zusammenfassung für die Erledigung der Geschäfte weder erforderlich noch förderlich ist. 4. Für das Einkammerstems kann nur die Bürgermeisterverfassung der rheinischen Städteordnung in Frage kommen. Sie hat sich nicht nur bisher bewährt, sondern bietet auch unter den veränderten politischen Verhältnissen Gewähr für Selbstständigkeit und Einheit in der Verwaltung durch den Vorbehalt des Bürgermeisters in der Stadtverordnetenversammlung und allen Ausschüssen. 5. Den Städten die Wahl zwischen Magistrats- oder Bürgermeisterverfassung zu gewähren, ist geeignet, fände Kräfte in die Verwaltung der Städte herbeizuziehen. Eine einheitliche Regelung im Gesetz verdient den Vorzug. 6. Die Selbstverwaltung ist von überflüssiger Bevormundung durch Einschränkung der Staatsaufsicht zu befreien, um der durch die Winderung der Finanzkraft der Städte obachtlich herbeizuziehenden Selbstverwaltung freieren Spielraum zu gewähren. Auch die kleineren Städte sind unmittelbar dem Regierungspräsidenten zu unterstellen.

## Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Arb. Radfahrer-Bund „Solidarität“. Ortsgruppe Berlin, 11. Abteilungs. Sonntag 7 Uhr. Besondere für unsere geliebten Sportgenossen (Vereinssport). Regt Teilnahme an. Sonntag 10 Uhr nach Vorkurs (Vorkurs). Start 1 Uhr. Sonntag 10 Uhr. — Freier Wanderbund. Sonntag Stralberg, Rastberg, Ortner; Abfahrt 7.15 Uhr. — Charlottenburg. Die Leitungsbüro des Gesamtvereins „Harmonie“ der S. B. D. haben jeden Freitag pünktlich 7 1/2 Uhr, bei Regen, 8 Uhr, statt.

Berlin, für den Redaktion. Zeit: Neue Welt, Charlottenburg für Anzeigen: Th. Gluck, Berlin. Verlag: Hermanns-Berlin G. m. b. H. Berlin. Druck: Vorkurs-Verlagsgesellschaft u. Verlagsanstalt Post-Druck u. Co. Berlin, Lindenstr. 3, Distanz 1. Auflage.



# Flur-Garderoben • Garderobenschränke

vollständige Büro-Einrichtungen

Grünwalds Büro-Ausstellung, Friedrichstr. 154, Berlin

## Glück und Glas

Zufriedenheit ist wahres Glück!

Wir garantieren Ihnen Zufriedenheit wenigstens mit den von uns gefaßten Brillen und Ansehnern. Ob Ihr Kind, ob Ihre Frau, ob Ihr Augen beim Spielen zerbrochen haben, oder ob es unter den Omnibus geraten ist, wir fragen Sie nicht danach, sondern reparieren es Ihnen kostenlos. Nur zerbrochene Gläser müssen Sie bezahlen, sowie Schildpatt, Horn und ähnliche Teile, sonst nichts. Die Garantie läuft bis zu drei Jahren, mindestens jedoch zwei Jahre für Fassungen von 8.50 M. an. Wir müssen

gebrochene Waren liefern, sonst können wir nicht lange unsere Garantie ohne eigenen Schaden halten. Die Augen-Untersuchung ist kostenlos. Für passende Gläser garantieren wir Ihnen besonders. Das bedeutet noch mehr. Selbst wenn Gläser so genau verpaßt sind, daß kein Fachmann etwas daran verbessern könnte, „Sie“ selber aber sind vielleicht nicht damit zufrieden, dann reden wir nicht lange, sondern wechseln Ihnen die Gläser so lange kostenlos um, bis Sie wirklich damit zufrieden sind.

## Optiker Rubnke

Alles Gold wird zum Tagespreis angekauft und in Zahlung genommen

Verlangen Sie noch unbekanntes, kostenloses Optiker zum Schöbmann gegenüber 64, 66 Berlin

- |  |  |   |   |  |   |  |
|--|--|---|---|--|---|--|
| Schöneberg<br>Compt. 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100 | SO Odeon-Str. 44<br>mit dem Haupt- und<br>Ordnungsplan | C Spittelmarkt<br>das Rathaus           | W Friedrich-Str. 183a<br>das Leipziger Str. | NW Friedrich-Str. 150<br>das Dorotheenp. | AN Friedrich-Str. 106<br>das Siegelstr. | Charlottenburg:<br>Lauenburger-Str. 13<br>das Hamburger Str.<br>Juchaczky-Str. 2<br>das 66, 67 |
|  | S Kottbuser Damm 10<br>das Jendart                     | Alexander-Platz<br>das Ullinger         | Colpiger Str. 113<br>das Baum-Str.          | N Chaussee-Str. 72<br>das Müllerstr.     | Invaliden-Str. 164<br>das Brunnenstr.   | Wilmersdorf:<br>Berliner Str. 132-33<br>das Ullinger-Str.                                      |
|  | O Frankfurt-Str. 14<br>das Zieg                        | SW Belle Alliance-Str. 4<br>das Jendart | Linf-Str. 1<br>das Potsdamer Str.           | Schönhauser Allee 51<br>das Wj. Rodding  | Juchaczky-Str. 117<br>das Gieseler Str. |  |

Dreufische Landesversammlung.

Wir berichteten bereits kurz im gestrigen Abendblatt über die erste Beratung des Beschlusses über die Erhöhung der Eisenbahntarife im Güter- und Tierverkehr bis zu 100 Proz. vom 1. März ab. Aus der Diskussion ist hervorzuheben:

Abg. Neumann-Wagdeburg (Soz.): Die Schwierigkeit in der Kohlenbeschaffung und der Mangel an Lokomotiven lassen sich nicht bestreiten. Deshalb sind aber solche Maßnahmen geschlossen worden? Der Minister sollte nachprüfen, ob nicht viel mehr Arbeiter wieder eingestellt werden können. In der ersten und zweiten Klasse, die von Schiedern und Bucherern überfüllt ist, könnte der Tarif ruhig um 100 Proz. erhöht werden, während die dritte Klasse gespart werden muß. Wir beantragen Ueberweisung der Vorlage an den Staatshaushaltsausschuß.

Abg. Ehlers (Dem.) befürchtet, daß die hohen Tarife für Handel, Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft verhängnisvoll werden. Die dritte Klasse sollte mehr gespart werden. (Beifall.)

Abg. Paul Hoffmann (N. Soz.): Die Reichheitssozialisten im Verein mit den bürgerlichen Parteien wollen die Arbeiter wieder in die Hörigkeit herabdrücken. Der Belagerungszustand ist von der Regierung nur eingeführt worden, um mit allen brutalen und gemeinen Mitteln die Arbeiter zu Boaren zu treiben. (Beifall.)

Minister Defer: Die entlassenen Arbeiter sind (Schamweg von der Privatindustrie aufgenommen worden. (Hört, hört!)

Die Vorlage wird dem Staatshaushaltsausschuß überwiesen.

Gleisbüchsen.

Ein Zentrumsabgeordneter erklärt die Gleise für überaus notwendig. Ein Reichssozialist verlangt die schnelle Durchführung der Gleise. Die Landtagskommission Frau Krenschmidt tritt für die Einrichtung von Gleisbüchsen ein.

Ein Antrag Dr. Reinicke (N.) auf Dinzugziehung von Vertretern der Privatwirtschaften zum Wiederaufbau für Nordfrankreich wird dem Ausschuß für Handel und Gewerbe überwiesen.

Den Antrag Dr. Friedberg (Dem.) auf Vorlegung eines Gesetzes über die Verkaufssteuer nimmt das Haus einstimmig an.

Es folgt die Beratung der Verordnung vom 15. November 1918 über die Auflösung des Abgeordnetenhauses und die Beibehaltung des Herrenhauses.

Abg. Dr. Rosenfeld (N. Soz.): Im November 1918 waren die Wahlen durchaus nötig. (Beifall.) Sollte man den Arbeiterräten ihre Macht gelassen, so wäre die Sozialisierung durchzuführen gewesen. (Beifall.) Wir verlangen die Verfassung, um rasch zu Neuwahlen zu kommen. (Beifall.)

Ministerpräsident Deich: Daß die Regierung nicht mehr hinter der Beratung stünde, glaubt der Abg. Dr. Rosenfeld ja selber nicht. In der Behauptung, daß ein Regierungsmittglied das Zweikammergesetz erstrebt, ist kein wahres Wort. (Große Unruhe und Aufse bei den N. Soz.: Warum haben Sie den Belagerungszustand nicht auf?) Wir hatten ihn aufgehoben und die Folge waren

die traurigen Ereignisse des 13. Januar.

an denen Sie die Schuld tragen. Seit Monaten schon verhandelt der Minister des Innern mit den Reichsparteien über seinen Verfassungsentwurf. Der Entwurf wird in kurzer Zeit dem Hause vorgelegt werden. Die Neuwahlen können aber erst stattfinden, wenn außer der Verfassung noch andere wichtige Gesetze verabschiedet sind, die die Demokratie sichern sollen. (Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Graf-Franfurt (Soz.): Ich warne den Abg. Dr. Rosenfeld, von „Scheinsozialisten“ zu sprechen. Wir können ihn und seine Freunde mit viel größerem Recht als Sozialisten nennen. (Beifall.) Der Abg. Rosenfeld hat nicht das Recht, sich als proletarischer Vertreter aufzuspielen. (Sehr laut bei der Mehrheit.) Wir haben als gute Demokraten uns dem Willen des Reichstages gefügt, der die Ausführung der Wahlen gefordert hat. Die Unabhängigen hätten freilich lieber nach russischem

System ohne Parlament weiter gearbeitet. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Rosenfeld (N. Soz.): Die Ausführungen des Redner sind auf einem viel tieferen Niveau, als daß seine Drohungen mich hindern könnten, die Wahrheit auszusprechen, daß die Reichssozialisten die Arbeiterschaft betrügen haben. Wir wollen feinerzeit die Wahlen zur Nationalversammlung hinausschieben, weil wir vorher die Diktatur des Proletariats aufzurichten wollten. Jetzt müssen wir (kleinlaut) Neuwahlen verlangen.

Die Verordnung wird hierauf gegen die Stimmen der Deutschnationalen genehmigt. Das Haus erledigt noch einige Anträge und vertagt sich auf Freitag 12 Uhr. Kleine Anfragen, keine Vorlagen, Regelung des Dienstenwesens.

Schluß 8 Uhr.

Stadtverordnetenversammlung.

Lehrerzulagen. — Die Einheitlichkeit in der Schulverwaltung. — Die Stadtbibliothek im Marfall. — Lehrergehälter und Schulgebäude.

Von allen Fraktionen — mit Ausnahme des Zentrums — wurde, wie schon mitgeteilt, ein Dringlichkeitsantrag eingebracht: Die Versammlung hält es für erforderlich, daß in der neuen Großstadtgemeinde Berlin die Schulverwaltung einheitlich gestaltet wird, unbeschadet des Rechts der Bezirksbehörden, an dieser Verwaltung teilzunehmen. Sollte es zu einer solchen Einheitlichkeit nicht kommen, so ist unbedingt für die bisherige Stadtgemeinde Berlin die Fortführung ihres Schulwesens zu vermeiden und eine Schuldeputation mit den bisherigen Befugnissen aufrechtzuerhalten. Die Versammlung ersucht den Magistrat, sofort die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen. Der Dringlichkeitsantrag wird nicht widersprochen. Die Genehmigung der Ueberführung der im Haushalt 1919 ausgeworfenen Budgetposten wird ohne Erörterung erteilt.

Auf Grund der Beschlüsse der außerordentlichen Sitzung vom 31. Januar hat der Magistrat bezüglich der Bewilligung einer

Lehrerzulagen

an die städtischen Arbeiter, Hilfskräfte und Werkstattpersonen

sofort mit den Arbeitgebern unter Zugleichung von drei Mitgliedern der Versammlung neue Verhandlungen gepflogen. Das Ergebnis ist, daß eine monatliche Lohnbeihilfe von 75 M. für den Ledigen, von 90 M. für den Verheirateten und für jedes Kind 20 M. gewährt werden soll; für die Jugendlichen unter 18 Jahren soll die Lohnbeihilfe monatlich 50 M. betragen. Die Stadtkasse würde damit mit 45 1/2 Millionen Mark (nach dem Schiedsspruch vom 22. Januar mit 50 1/2 Millionen Mark) jährlich belastet. Von den Demokraten wird Ausschußberatung beantragt, um insbesondere auch über die doch sehr dringliche Deckungsfrage zu verhandeln.

Mit gewaltigem Stimmengewirr und während seines Vortrages fast andauernd von stürmischem Widerspruch und schallendem Gelächter unterbrochen, tritt Koch (So. Vpn.) für einen Antrag auf Vertagung bis zum Eingang der Deckungsvorlage ein. Die Versammlung treibe die Finanzpolitik eines Bankrotteurs, eine Katastrophenspektakel; die Öffentlichkeit werde eine solche Versammlung entweder für leichtsinnig oder für wahnhaftig erklären. In den städtischen Betrieben müsse endlich wieder ordentliche Arbeit geleistet werden.

Der Rammerey Böck entgegnet: Die Stadt Berlin betreibt und betreibt keine Bankrotteurepolitik. Die erhöhten Löhne und Gehälter bleiben im Vergleich mit der Privatindustrie und den Reichs- und Staatsbetrieben und -verwaltungen immer noch in möglichen Grenzen. Gewiss ist für volle und solide Deckung zu sorgen; das kann aber nicht bei jeder Vorlage gelingen; die einzelnen Voten müssen gesammelt werden, und schon morgen wird sich der Magistrat mit einem bezüglichen Nachtrag zum Etat für 1919 befassen.

Hinze (N. Soz.) tritt Koch entgegen.

Kochlenger (Soz.): Auch wir sind mit dem Demokraten Hausberg der Meinung, daß es sehr wünschenswert ist, wenn sich die Parteien einem einmal gefällten Schiedsspruch fügen. Aber der Widerstand gegen den Schiedsspruch wird verständlich, wenn man beachtet, daß auch die neue Vereinbarung noch nicht das Existenzminimum erreicht. Gegen die Rolle des Jugendwärters, in der sich Herr Koch gefällt, lege ich namens meiner Freunde Protest ein. Ich habe schon zurzeit des ersten Schiedsspruchs in der Hilfsarbeiterfrage energisch auf die Lösung der Deckungsfrage gedrungen. Der Vertagungsantrag läuft nur auf eine Vertagung hinaus.

An der weiteren Erörterung nehmen noch Cassel (Dem.), Adolf Hoffmann (N. Soz.) sowie nochmals Koch und Kochlenger teil. Koch ist von den Äußerungen des Rammerey sehr unzufrieden; Adolf Hoffmann hält Koch vor, daß gerade dieser und seine Gefolgsleute die Stadt, das Land und das Reich in diese Paniksituation hineingeführt haben.

Die Anträge der Demokraten und der So. Vpn. bleiben in der Minderheit; der Magistratsvoranschlag wird angenommen, mit dem Stimmen der beiden sozialdemokratischen Parteien.

Hierauf wird der oben mitgeteilte Dringlichkeitsantrag über das Berliner Schulwesen beraten. Stadtschulrat Cassel (Dem.) bemängelt in seiner Begründung besonders, daß bei der Ueberarbeitung der Grundzüge für das Schulwesen die Stadt Berlin nicht gehört worden sei; man habe es da mit einer einseitigen Bureaukratenarbeit zu tun. Die republikanische Regierung behandle Berlin noch schlechter, als es die frühere beliebt habe. Vor der Gefahr der Fortschreibung müsse Berlin während des Schuljahres unter allen Umständen behauptet werden.

Dr. Baumert (So.) stimmt der Tendenz des Antrages zu, kann aber dem ersten Satz, der anders gemeint sei, als sein harnloser Wortlaut besage, nicht zustimmen.

Bruns (Soz.) stellt sich durchaus auf den Boden des Antrages. Ein großer Teil des gewählten

Schulwesens Berlins könne nur zentral verwaltet werden und ertrüge die Verteilung in vielleicht 6 verschiedene Bezirksorganisationen auf keinen Fall.

Leib (N. Soz.) bedauert sehr, daß von einem wirklich einheitlichen, straff zentralisierten Groß-Berlin aussehend gar nicht die Rede sein werde; mit den Plänen auf dem Gebiete des Schulwesens lehre man wieder zur Samtgemeinde zurück. Ein einheitliches Schulamt für Groß-Berlin sei eine Notwendigkeit. Dafür scheine oben aber kein Verständnis vorhanden zu sein; man halte sich anständig an den Buchstaben des längst überholten Volksschulverfassungsgesetzes.

Erst (So. Vpn.) erklärt die Zustimmung zu dem Antrage. Die Fortführung des Berliner Volksschulwesens müsse auf jeden Fall zu verhindern verstanden werden.

Stadtschulrat Dr. Fischer: Auf seine Eingabe an das Unterrichtsministerium um Errichtung eines Stadtschulamts für Berlin hat der Magistrat nicht einmal eine Antwort erhalten; zu den Beratungen im Ministerium ist kein sachtechnisches Mitglied der Berliner Verwaltung zugezogen worden. (Hört, hört!)

Der Antrag wird im ersten Satz gegen die Stimmen des Zentrums, im zweiten einstimmig angenommen.

Der Vorlage wegen Annulierung des ehemaligen Reichshausgebäudes zur Errichtung von Bureauräumen stimmt Bruns (Soz.) mit der Maßgabe zu, daß die Unterbringung der Stadtbibliothek in den noch dem Schiedsspruch zu zulegenden Räumen auch von der Versammlung auf Dringlichkeitsantrag empfohlen wird. Dem Antrag Hisinger (Dem.) auf Ausschußberatung tritt Bürgermeister Dr. Reiche mit Rücksicht auf die Dringlichkeit und die konkurrierenden Angebote anderer Behörden entschieden entgegen und wird darin von Frau Wehl (N. Soz.) lebhaft unterstützt. Diese befürwortet auch eifrig die Resolution Bruns wegen der Stadtbibliothek, bezüglichen Dobe (Dem.). Die Annulierung auf zehn Jahre für 200 000 M. wird beschlossen, die Entschädigung Drums angenommen.

Die Frage der Festhaltung des auf die Befolgung angunehmenden Wertes der Dienstwohnungen hat erneuter Ausschußberatung unterliegen. Entgegen dem Magistratsvoranschlag, nur zwei Drittel des Wertes anzunehmen, will der Ausschuß den nach Berücksichtigung aller Wertminderungen ermittelten tatsächlichen Mietwert voll in Rechnung stellen. Der Gesamtbetrag an Miete soll jedoch nicht mehr als 15 Prozent des Anfangsgebots der Gruppe übersteigen, der der Wohnungsinhaber angehört.

Nach längerer Verhandlung ergibt sich für den Magistratsvoranschlag eine Mehrheit.

Den Beschlüssen der Versammlung hinsichtlich der

Neuordnung der Lehrergehälter

ist der Magistrat nicht durchweg beigetreten. Die Stadt- und Fortbildungsschulinspektoren sollen in Gruppe Ia verbleiben; in die Sondergruppe (11 000—16 000 M.) sollen 25 Direktoren an Realschulen und Ingenieure, 20 Direktoren an Volkshochschulen, 6 Direktoren der Handwerkerhörschulen, des Gewerbevereins, der höheren Fortbildungsschule, der Bauwerkerschule, 2 Leiter der Erziehungsdirektionen, 1 Leiter der Erziehungsdirektion an den Volkshochschulen aufgenommen werden; die Oberlehrerinnen und Mittelschullehrerinnen sollen 90, die übrigen weiblichen Lehrkräfte 85 Prozent des Gehalts der Lehrer beziehen.

Jan Kresereuter.

Seine Taten, Fahrten und Meinungen.

Aufzeichnungen von Hans Müller-Schlösser.

VII.

Jan Kresereuter wird fromm.

Er ging also zunächst zum Küster Kreifenbed von der Franziskaner Kirche und meldete sich bei dem als Messediener an.

Kreifenbed, der sehr kurzschichtig war, an welchem Uebel auch die große, schwarze Hornbrille nichts verbessern konnte, sahte Jan am linken Ohrläppchen und zog ihn an sich heran.

„Se, Junge,“ nieselte er, „wir wollen also Messediener werden, he? Wen haben wir denn da? Sind wir am Ende der Jan, der Sohn von dem Loten Grades, he?“

„Ja, Herr Kreifenbed, ich bin der Jan.“

sahte Jan am linken Ohrläppchen und zog ihn an sich heran, uns werden! Denn so nichtsartig, wie wir sind, können wir nicht bei der heiligen Handlung ministrieren. Was die Erzengel Gabriel und Raphael am Throne Gottes sind, das ist der Ministrant an den Stufen des Altars, verstanden, Junge? Ein Ministrant muß ein halber Engel sein! Und ich glaube nicht, daß wir ein halber Engel sind, he?“

Jan blieb ihm die Antwort schuldig und machte ein zerstreutes Gesicht.

„Aber,“ jubte Kreifenbed fort und kniff Jan ins Ohrläppchen, „wir können es ja einmal versuchen, he?“

„Aua!“ wankelte Jan und versuchte, sein Ohr aus Kreifenbeds knöchigen Fingern zu befreien.

Kreifenbed nahm aus einem Wanduhrkränchen ein dünnes Heftchen und gab es Jan.

„Da, Junge, das sind die Messgebete. Die müssen wir auswendig lernen.“

Jan schlug das Heftchen auf und schaute hinein.

„Das ist lateinisch, Junge! Können wir das auch lesen, he?“

Jan stotterte ein paar Worte aus den Reihen zurecht.

„Richtig, Junge! Wir können es ja zu können. Also dann wollen wir es einmal versuchen.“

Jan wurde Messediener. Die Messgebete hatte er bald

im Kopfe, und im übrigen weichte ihn Lünnes in die Mysterien seines Dienstes ein. Lünnes nämlich besaß das heilige Amt des Messedieners schon seit einigen Monaten, mit ein Grund, daß Jan fromm wurde. Denn er hatte Lünnes, wenn der beim Hochamt an den Stufen des Altars kniete, um den bis auf die Hüfte reichenden roten Rock und das weiße Chorbündchen darüber arg beneidet.

Aber sein heiliger Eifer erlahmte bald, als er erst richtig im Chorrod warm geworden war. Wenn er bei der Abendandacht diente, dachte er an die Kisten mit den getrockneten Pflaumen und bei der Frühmesse gähnte er. Und einmal war er, auf den Knien hockend, eingeduscht, und der zelebrierende Herr Kaplan hatte mehrere Male und immer lauter „Dominus vobiscum“ sagen müssen, bis er von Jan die vorgefertigte Antwort „Et cum spiritu tuo“ bekam.

Jan hatte, wie wir von früher wissen, kein Sissfleisch. Er mochte nicht gern an ein und derselben Stelle bleiben. Jan war wie die Biene, die in einer Blüte nur einen Augenblick verweilt, um ein Tröpflein Honig zu saugen, und dann zur nächsten Blüte weitersummt. Freilich fehlte es ihm an Bienenfleisch. Das Summen machte ihm mehr Vergnügen als das Honigsammeln.

Die Raianacht war vorbei. Das linke Seitenschiff der Kirche mit dem kindlich-fromm geschmückten Marienaltären leerte sich. Der letzte Sonnenstrahl, durch das gemalte Kirchenfenster bunt gefärbt, schnitt durch die blaue Weichrauchwolke. Der Schlußakkord der Orgel zitterte noch in der Luft, und die zu Pyramiden angeordneten Kerzen flackerten im Luftzuge, der von der aufgezogenen und immer wieder mit einem dumpfen Knall zufallenden Kirchtüre herkam.

Der Küster Kreifenbed nahm die lange Stange mit dem Löchhorn und drückte eine Kerze nach der anderen aus, bis das Altärtchen von der Dunkelheit wie mit einem schwarzen Tuche verhängt wurde.

Unterdesse räumten Jan und Lünnes in der Sakristei die bei der Andacht gebrauchten Sachen auf Seite. Das weisseidene, mit dem goldenen Herzen Jesu geschmückte Tuch, mit dem der Priester zum Segen das Ciborium umfaßt, den schweren, brokatnen, mit bunten Seidenfranzen verzierten Chormantel, die mit Blumen besetzte Stola, das weiße, mit schöner Spitze besetzte Chorbündchen hängten sie in die eichenen Schränke. Das silberne, noch qualmende Räucherfaß stellten

sie in die Ecke und wollten nun, nachdem sie ihre Ministrantenkleidung fortgehängt hatten, aus der Sakristei gehen.

Da sah Jan in einer dämmerigen Ecke die in Holz geschnittenen Figuren des heiligen Johannes von Nepomuk und des heiligen Franziskus. Es waren ganz alte Figuren; der Holzwurm sah in ihnen und hatte sie morsch gemacht, und in den Falten waren noch die Spuren ehemaliger Bemalung.

Jan zeigte Lünnes die Figuren und sagte:

„Lünnes, jetzt machen wir uns einen Spaß! Komm!“

Er schob den heiligen Nepomuk um den Leib und hielt Lünnes das gleiche mit dem heiligen Franziskus tun. Dann trug er die Figur in die Mitte der Sakristei und stellte sie dorthin. Lünnes mußte seinen Franziskus daneben stellen.

Darauf schlüpfte Jan, den Lünnes mit sich ziehend, in die Ecke hinter einen Schrank und kletterte Lünnes zu:

„Ganz ruhig, Lünnes, und nicht gemurrt!“

Kurz darauf kam der Küster Kreifenbed mit dem Löchhorn herein. Nachdem er es in die Ecke gestellt hatte, blinzelte er durch seine dicken Brillengläser die beiden Holzfiguren an und sagte:

„Se, Jungens, sind wir fertig oder haben wir noch was zu tun, he? Wie? Nichts mehr? Nun, dann können wir ja nach Hause gehen. Mark!“

Aber die beiden Heiligen blieben steif stehen.

„Ja, sage, wir können nach Hause gehen!“ wiederholte Kreifenbed und küßte das Chorbünd über den Kopf. „Worauf warten wir denn noch, he?“

Keine Antwort. Bloß Lünnes grunzte leise vor verhaltenem Lachen.

„Zopperlot, sind wir denn stumm geworden?“ rief Kreifenbed ärgerlich und ging ein paar Schritte auf die Figuren zu. „Oder haben wir wieder dumme Streiche gemacht, daß wir vor schlechtem Gewissen nicht sprechen können?“

Kreifenbed nahm die Brille ab und hauchte sie an, um sie mit einem roten Seidenschal zu putzen.

„Was ist denn passiert, Jungens? Was haben wir denn gemacht, Jan? Wir sind doch immer der Uebelthäter, Jan! Nicht wahr? Wir kennen uns doch, Jan?“

Jan in seiner Ecke antwortete in tiefem Papagei-Knodelton: „Ojo!“

(Fortf. folgt.)

Von allen Seiten wird das Mißfallen darüber laut, daß der Magistrat es nicht bei den wohlwollenden Beschläüssen der Versammlung habe bewenden lassen, wodurch die Auszahlung der Zulagen wiederum in unbeschämter Weise verzögert worden sei. Besonders befreudet die vom Magistrat beliebte neue Differenzierung in den Gehältern der „höheren“ Lehrerinnen und der Volksschullehrerinnen. Von den Demokraten wird beantragt, die Inspektoren wieder in die Sondergruppe einzurangieren, die Differenzierung in der Bemessung der Lehrerinnengehälter zu beseitigen und beiden Kategorien 90 Proz. zu gewähren. Der letztere Vorschlag findet die Mehrheit; bezüglich der Inspektoren verbleibt es bei dem Magistratsbeschlusse.

250 000 M. werden zur Befestigung von Wohnungsmängeln in Ausübung der Wohnungsfürsorge bewilligt.

### Die Erhöhung des Schulgeldes

In den städtischen höheren Lehranstalten auf 240, 180 und 120 M. ist vom Magistrat beantragt. Dr. Witte (Soz.) will die Frage in einem Ausschusse prüfen und spricht sich zurzeit gegen den Gedanken einer Erhöhung nach dem Einkommen der Eltern aus.

Stadtschulrat Reimann: Zwischen uns haben sich die Verhältnisse so verschoben, daß wir im Ausschusse jedenfalls eine Erhöhung um 100 Proz. werden beantragen müssen.

Dr. Wehl (U. Soz.) hofft, daß sofort nach dem Zustandekommen Ausschusses der Gedanke einer Erhöhung nach dem Einkommen maßliche Gestalt gewinnen wird. Die Vorlage geht an einen Ausschuss.

10 Uhr. Die Sitzung dauert fort.

## Groß-Berlin

### Die „Nummernaffäre“ der Straßenbahner.

Es ist wirklich eine Affäre daraus geworden. Zurzeit beschäftigt die wichtige Tatsache, daß die Straßenbahner sich eigenmächtig die Nummern von den Mägen genommen haben, bereits das Ministerium der öffentlichen Arbeiten. Wie weit die Angelegenheit sich aber noch ausdehnt und ob nicht die Entente schließlich auf Grund irgend eines Friedensvertragsparagrafen auch noch genötigt sein wird einzugreifen, wird die Zukunft lehren. Also, das Ministerium hat nach eingehender Prüfung der Angelegenheit (wohlgerne!) dahin entschieden, daß abgewartet werden solle, wie sich der durch das Vorgehen der Straßenbahner geschaffene Zustand in der Praxis benimmt, und die Regelung der Frage um einzelnen den Berliner Aufsichtsbörsen überlassen, bis die uns wahrnehmlich die „nummernlosen“ Straßenbahner „bis auf weiteres“ anerkennen werden.

Alles in allem: die Straßenbahner haben im Zeichen der nummernlosen Mägen gesiegt und sich das Recht der „freien Personlichkeit“ erlangt!

### „Liebet Eure Feinde“

Von einem Genossen geht ein Brief folgenden Inhalts zu: „Ich halte es für meine Pflicht, Ihnen von einem Vorgang Mitteilung zu machen, welcher sich am Sonnabend, den 14. Februar, gelegentlich einer Beerdigung in der Halle des Partholomäus-Friedhofes abspielte. Der Pastor Götzel, nach Zuzunahme, trübte im Verlauf seiner Predigt die Angehörigen und sprach ihnen Mut zu, diese schwere Zeit zu überwinden. In der Trauergemeinde wandte er sich dann mit den Worten: „Auch uns stehen noch schwere Zeiten bevor. Angesichts der Rache und der Schaffigkeit unserer Feinde und der Maßnahmen einer aus Verbrechern zusammengesetzten Regierung.“

Über die Taktlosigkeit und Geschmacklosigkeit der letzten Äußerung seitens eines Geistlichen möchte ich hier weiter kein Wort verlieren. Sie verübte mich und meine Kollegen angesichts der traurigen Situation äußerst peinlich. Eins nur möchte ich fragen: Ist es die Aufgabe eines Vertreters der christlichen Kirche, in eine Trauergemeinde eine derartige politische Geschaffigkeit hineinzuschleudern? Ich sollte meinen, diese Gelegenheit hat der Herr als Staatsbürger außerhalb seiner Amtsfunktionen in Fülle und Fülle. Wenn mich nichts so überzeugt hat, daß das Wesen der heutigen Staatskirche unvereinbar ist mit den Lehren des großen Magisters, so ist es diese taktlose Geschaffigkeit gewesen. Man überlegt wirklich ernstlich, dieser Antikipation — wie es schon viele laufend Volksgenossen getan haben — den Mägen zu federn.“

Ein Kommentar zu diesem Dokument für die Charakterstärke eines Teils der „Vertreter Gottes auf Erden“ scheint überflüssig. Die einzige richtige Antwort auf derartige Beispiele christlichen Seelenhandels ist nach unserer Meinung der Austritt aus der Landeskirche.

Das Ergebnis der Berliner Studentenwahlen. Die vom 17. bis 19. Februar stattgefundenen Wahlen zum Berliner Studentenparlament haben folgendes Ergebnis gehabt: 1. Waffentrag 1001 Stimmen (18 Sitze); Deutsche Gruppe der Korporationen 900 Stimmen (15 Sitze); Deutsche Pioniertruppe 1722 Stimmen (28 Sitze); Nationalistische Fraktionen 212 Stimmen (3 Sitze); Liste der ungebundenen Kriegsteilnehmer 338 Stimmen (6 Sitze); Freideutsche Gruppe 280 Stimmen (4 Sitze); Deutscher Hochschulbund 612 Stimmen (10 Sitze); Deutsche Studenten jüdischen Glaubens 498 Stimmen (8 Sitze); Paritätische Gruppe 158 Stimmen (2 Sitze); Liste sozialistischer Studenten 492 Stimmen (8 Sitze); Ungültig 19 Stimmen. Es wurden 6272 gültige Stimmen abgegeben. Die Wahlbeteiligung betrug demnach etwas über 40 Proz.

Ein Jubilar. Heute sind 25 Jahre vergangen, seit der Genosse Friedrich Müller im preussischen Abgeordnetenhaus als Amtsgehilfe eingetretten ist. Seit 1908, als die ersten Sozialdemokraten in das Dreiklassenparlament einzogen, ist er der sozialdemokratischen Fraktion stets ein eifriger und pflichtgetreuer Gehilfe und Mitarbeiter gewesen, und auch heute noch ist er Fraktionsdiener der sozialdemokratischen Landtagsfraktion. Der Jubilar ist auch Vorsitzender des Angestelltenausschusses der Amtsgehilfen des Abgeordnetenhauses.

Nachmals „Das Scherlein der Witwe“. An die 71jährige noch erwerbstätige Witwe, die für einen 70jährigen notleidenden Arbeitslosen einen Tagesarbeitslohn hinaus, rieten wir erneut die Witwe, aus ihre Wohnung zu nennen. Als jetzt hat sie sich in ihren aus Berlin W 62 kommenden Zuschriften nur mit „Witwe Luise“ unterzeichnet. Der Arbeitslos, der jetzt in einer Anstalt untergebracht und vor Not gekümpft ist und durch unter Blatt allen Gedenkbüchern seinen bescheidenen Dank übermittelt, möchte der lieben alten Frau für ihre ständige Veranlassung der Nächstenliebe durch persönlichen Brief danken. Wie selber wollen die eine

Sendung einbändigen, die für sie mit der Post bei uns eingegangen ist.

Wie geklopft wird. Man schreibt uns: Zwei halbweidliche Vurschen, mit Hammer und Sack versehen, stießen die Parle und Afer ab, die mit niedrigem Eisengitter eingezäunt sind. Der eine mit dem Hammer geht voran und schlägt die Eisentuppen ab. Der andere mit dem Sack geht hinterdrein und sammelt die abgeloopenen Kluppen. Wer das Kordufer entlanggeht, kann sich von dem Treiben dieser Vurschen überzeugen. Kein Parwächter und Polizeimann war zu sehen und zu finden.

Wegen grober Unzuverlässigkeit ist der Vätermeister Albert Kög, Duppeler Str. 49, von der Wohnungszuteilung ausgeschlossen worden.

Der Generalsekretär der Schulkasse, Brauerstr. 11, H. 1, Dr. Voehme, der vor kurzem sein 60. Lebensjahr vollendet hat, zieht sich aus Gesundheitsrücksichten ins Privatleben zurück.

Verhaftete Eisenbahnarbeiter. Montag abend kamen zwei Geschäftsleute aus München hierher, um ihren Vertreter zu besuchen. Sie stellten zwei Handtaschen, die für 200 000 M. handbemalte Prospekt und Dosen aus Eisenblech enthielten, auf Anraten des Prospektentüschers einzuweisen bei dem Pförtner der Deutschen Bank in der Mauerstraße unter, weil sie nicht gleich ein Hotel fanden. Nach kurzer Zeit erschien ein Hotelkonditor, der sich mit einem Schreiben anwies, bei dem Pförtner und holte die Taschen ab. Als die beiden Geschäftsleute kamen, waren die großen Werte verschwunden. Man vermutete, daß ein Gauner in Hausdienekleidung den Streich verübt habe. Das trifft jedoch nicht zu. Die Täter waren, die Ermittlungen der Kriminalpolizei ergaben, zwei stellunglose Kaufleute namens Krusch und Drese, zu denen sich bei der Vernehmung der Werte noch ein Handlungsgehilfe Ragedorn gesellte, der ebenfalls ohne Beschäftigung ist. Krusch und Drese beobachteten die beiden Geschäftsleute, wie sie betrostschlugen, wo sie ihr Gepäc in Sicherheit bringen wollten. Krusch ging fogar in den Eingang der Deutschen Bank mit hinein und beobachtete, wie die Geschäftsleute dem Pförtner die Handtaschen in Verwahrung gaben. Kaum hatten sich die Münchener Kaufleute entfernt, da begab sich Krusch, der noch einigermaßen auf Geleise war, nach dem Hotel „Russischer Hof“, nahm dort einen Briefbogen mit Umschlag, schrieb die Anweisung, daß der Pförtner der Bank dem Heberbringer die Taschen und dazu noch einen Sweater und eine Reisetasche, die die Kaufleute mit abgeben hatten, herausgeben solle und schickte mit dem Briefe, in den sie noch 8 M. Trinkgeld legten, den Konditor des Hotels nach der Deutschen Bank. Krusch und Drese ließen sich die Sachen nach dem Bahnhof Friedrichstraße bringen und fuhren nach Kruschs Wohnung in der Turnstr. 80. Für die Eisenbahnstücke hatten sie keine rechte Verwendung, weil sie ihren Wert nicht kannten. Einige wenige Stücke verkauften sie an einen Althändler für 100 M. Weiter fanden sie Abnehmer für den Sweater, die Wolle und eine leere Tasche. Che sie den Rest ihrer Werte absetzen konnten, kamen die Kriminalpolizei Pansegrau, Kledinen und Wolf dem verlaufenden Sweater, der Decke und der Tasche und durch sie dem Krusch auf die Spur. Sie ermittelten ihn in der Turnstraße, nahmen ihn in seiner Wohnung fest, beschlagnahmten die Schmuckstücke, die Ragedorn erst noch abholen wollte, und verhafteten dann auch diesen und Drese bei der Zusammenkunft mit einem Kaufleutobder am Rosenfelder Tor. Die Münchener Geschäftsleute kamen bis auf die Kleinigkeiten, die für 100 M. verkauft sind, ohne Schäden davon. Die drei Verhafteten wurden heute dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Städt. Bericht. Das Amateurrennen mit ausgerechnet Preis von 100 M. für denjenigen, der vermal haben die Manege unrettet, ist am abendliche die Lüne untergefallen. Nach oft geling, es aber am Donnerstag brachte ein junger Mann aus dem Publikum des schmerzliche Reiterunfälle. Er erntete fast mehr Beifall als die Glanznummer des Februarprogramms: die drei Quallbrüder Libani, die mit ihren verblühten Lids jede Konkurrenz in den Schatten stellen. Sonntag wieder zwei Bekehrungen. Nachmittags zum Schluß die Märchenpantomime „Mehendebel“, abends die tragikomische veräufende Pantomime „Approdit“.

Legarettinsassen: Heute nachmittags 3 Uhr in den Turnstr. Neue Sitzung: 7. Bolnerammlung der Vertrauensleute Groß-Berliner Legarettinsassen. Inhabend auf 100 Legarettinsassen ein Delegierter.

Charlottenburg. Die Stadtverordnetenversammlung erledigte in ihrer letzten Sitzung vom 18. d. M. zunächst einige Nachbewilligungen. In dem von der Stadt vor einigen Wochen übernommenen Kinder- und Mütterheim „Westend“ machen sich einige bringende bauliche Veränderungen notwendig. Die Gesamtkosten von 80 000 M. werden aus laufenden Mitteln bewilligt. Außerdem haben die Ausgaben für Reisegelder, Tagelöhner und Fahrkosten eine wesentliche Erhöhung erfahren, so daß sich eine Nachbewilligung von 35 000 M. aus laufenden Mitteln notwendig macht. Die Wasserwerke fordern ebenfalls weitere Mittel in Höhe von 837 000 M., die zur Erhaltung der Maschinen, Pumpen, Ressel und der Gebäude unbedingt erforderlich sind. Der Vorlage auf Herabsetzung des Zinsfußes für Spareinlagen bei der Sparkasse von 3 1/2 auf 3 Proz. wird mit Wirkung vom 1. April 1920 zugestimmt. Für das Elektrizitätswert werden 3 208 700 M. nachgefordert. Diese enorme Ueberwälzung des Voranschlags ist in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß sich die Ausgaben für Kohlen um 5 Millionen Mark gesteigert haben. Schließlich werden für die Parverwaltung Nachforderungen in Höhe von 34 700 M. bewilligt. Ein Dringlichkeitsantrag, der sich mit den Elternbeitragswahlen beschäftigt, ersucht den Magistrat, den Antrag zu stellen, die Elternbeitragswahlen in den Beginn des neuen Schuljahres zu verlegen. Hervorgehoben wird, daß bei dem jetzigen Termin die Elternbeitragsmitglieder, deren Kinder zu Ostern die Schule verlassen, kurz nach erfolgter Wahl wieder ausscheiden müssen, und umgekehrt die Eltern, deren Kinder zu Ostern eingeschult werden, für die Wahl in den Elternbeirat nicht in Betracht kommen. Dem Antrag wird von allen Seiten des Hauses zugestimmt. Die Vorlage über die Selbstbewirtschaftung des Rieselfgutes, es handelt sich um rund 688 Hektar Bodenschätze, wird einem Lichtbergm Ausschuss überwiesen. Die Demokraten und die bürgerliche Fraktion traten für die Verpachtung ein, während die sozialdemokratische Fraktion für die Selbstbewirtschaftung ist. Die Vorlage über die Befolgung der städtischen Hilfsangelegenheiten wird einem Ausschuss überwiesen. Der Wunsch auf nochmalige Beratung in einem Ausschuss ist von den Vertretern der Hilfsangelegten des Magistrats Charlottenburg gebührt worden. Es erkennen die bewilligten neuen Befolgungsfälle an, erklären aber, daß diese infolge der anhaltenden Teuerung nicht mehr ausreichend sind und erheben nacheinander Anspruch auf eine Rinderzulage, der sie vorher ablehnend gegenüberstanden. Der Gewährung eines Teuerungsausschlages zu den Tariflöhnen der städtischen Arbeiter, der für Verbeiratete 90 M., für Ledige 75 und 50 M. beträgt, mit Wirkung vom 1. Januar 1920 ab, wird zugestimmt. Sodann wird beschlossen, dem Magistrat zunächst die

Summe von 500 000 M. für die Verbilligung der Milch für die Rinderbewirtschafter zur Verfügung zu stellen. Um über die Verbilligung neuer Mittel und die Aufstellung eines zweckmäßigen Verteilungsplanes zu beraten, wird ein Ausschuss gewählt.

Brig. Das in der Einwohnerchaft von Berlin-Brig verbreitete Gerücht von der Auflösung der Gemeindevorstandsstelle Rungiusstraße 84 trifft nicht zu. Die Gemeinde beschließt weder jetzt, noch in Zukunft die Verkaufsstelle eingehen zu lassen. Vielmehr nimmt die Verkaufsstelle gemäß Bekanntmachung vom 12. Februar wie jedes andere zugelassene Kleinhandelsgeschäft der Lebensmittelbranche Kundenanmeldungen entgegen. Außerdem bleibt ihr die Lieferung der Kranken- und Kriegsbeschäftigtenarten um vorbehalten. Die Gemeindeverwaltung hat nach dem Beschluß der Lebensmittelkommission in vollem Bewußtsein ihrer Pflicht gegen sämtliche Gemeindeglieder die Wiederbelebung der geeigneten Kleinhandlung in Aussicht genommen. Die Gemeinde setzt die Preise und auch den Verdienst der Händler fest, sie gewährleistet ferner eine ausreichende Kontrolle der zugelassenen Kleinhandlung und ferner den unabweislichen Ausschluß derjenigen Gewerbetreibenden zu, die sich Unregelmäßigkeiten zuschulden kommen lassen, die insbesondere Ware verfälschen, unrichtiges Gewicht geben und Preisüberbahrungen begehen. Die Neuaufgabe der Kundenliste soll zukünftig alle 3 Monate erfolgen, damit jeder entsprechend seinem freien Ermessen nach Ablauf dieser Frist den Händler wechseln kann.

Eine Mieterversammlung des Mieterverbandes Groß-Berlin fand im Saalraum zu Baumgartenweg statt. Der Geschäftsführer des Verbandes, Ingenieur Anz, hielt einen Vortrag über die neue Sachmieten-Verordnung, die durch die Maßnahmen der organisierten Hauswirte und des Wohnungsverbandes noch nicht in Kraft treten konnte. Die Licht- und Schattenseiten der Verordnung, ihre einseitige Ausdeutung und Auslegung seitens der Vermieter zum Schaden der Mieter sowie der neue Plan einer Mietsteuer wurde den Anwesenden in verständlicher Weise zu Gebote gebracht. In der Diskussion mußte wieder das Gebaren des hiesigen Mietvereinsamtes, des Wohnungsamtes, die Tatenlosigkeit der Gesundheits- und Baupolizei und anderer amtlicher Stellen, sowie das unsoziale und rechtswidrige Verhalten vieler Hauseigentümer scharf geißelt werden. Es wurde an die Mieter der Appell gerichtet, keine neuen Mietverträge zu unterzeichnen, auf keine Forderung der Eigentümer einzugehen, bevor sie sich unentgeltliche Rechtsauskunft vom Mieterverband eingeholt haben.

Abschied. Elternbeitragswahlen. Sonntag, den 22. Februar, finden in der Zeit von 1 Uhr nachmittags bis 7 Uhr abends die Wahlen zu den Elternbeiträgen für die Volksschulen statt. Wahllokale befinden sich in den betreffenden Schulen. Wahl in der 1. Gemeindefschule, Marmarstraße 54, die Liste Wähler; in der 2. Gemeindefschule, Maderstraße 11, die Liste Wähler; in der 3. Gemeindefschule, Madelstraße 11, die Liste Wähler. Wer gegen Politik in der Schule, für Religion als Privatsache ist, wähle andere Listen.

### Groß-Berliner Parteinachrichten.

6. Abt. Sitzung aller Funktionäre und Betriebsvertrauensleute Montag abend 7/8 Uhr bei Schulz, Rindendörfer Str. 5.

13. Abt. Versammlung aller Eltern, deren Kinder die 7., 47., 112., 123., 129. Gemeindefschule, 2. Hülfschule, Victoria-Lyzeum, Bertram-Realschule und die Luisenstädtische Oberschule besuchen, Sonnabend 7 Uhr: Schulsaal Victoria-Lyzeum, Brinzentstraße 51.

26. bis 32. Abt. Vorkursvorlesung für Erwachsene und Kinder Sonntag 4 Uhr Schulsaal, Oranienburger Str. 53. Eintrittskarten bei den Referenten und Bezirksführern. Ermäßigte 50, Kinder 30 Pf.

33. Abt. Parte 7 Uhr Versammlung der Eltern der Schulen 190, 198, 197, 175 und 229 zwecks Aufstellung der Kandidatenlisten.

Freie Vereinigung für Recht und Sozialismus (Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Juristen). Heute 7 1/2 Uhr im weißen Zimmer „Abendgold“, Potsdamer Straße, Ansprache über: „Die Reichsjustizverwaltung und die Demokratisierung der Rechtspflege“. Referenten: Rechtsanwalt Dr. Bendt, Gen. Rechtsanw. Dr. Richter und Gerichtsassessor Dr. Löwensthal. Gäste, auch Nichtparteilgenossen, willkommen.

Heute. Angelegte der Verbandschiffe der S. P. D. Die für heute abend einberufene Sitzung fällt wegen der Funktionär-Konferenz aus.

Mittwoch. H. G. G. Glühlampenwert! Heute nachm. 3 1/2 Uhr: Versammlung sämtlicher männlichen und weiblichen Angestellten und Arbeiter, die auf dem Boden der S. P. D. stehen, im Lokal von Krands, Seuffstraße 32.

Jungsozialistische Vereinigung (S. P. D.). Ortsgruppe Wilmersdorf. Heute 7 1/2 Uhr im Saalraum der Hindenburgschule am Seepark: Vortrag des Gen. Kriminalkommissar Dr. Lehner aus seiner Praxis.

Schneeburg. Der Disziplinarschaden fällt wegen der Eltern-Beitragswahlen aus. Der nächste findet Freitag, den 27. Febr. statt.

Königsunterhaken. Der für heute angelegte Vortrag findet erst am nächsten Freitag statt. Heute geschlossen.

Berlin. Mitgliederversammlung am 21. Febr., 7 1/2 Uhr, bei Rothwald, Kaiserstr. 82. Eröffnet vollständig.

### Jugendveranstaltungen.

Verein Arbeiter-Jugend Groß-Berlin. Jugendsekretariat Bellersstraße 7. Zur Beileger am Sonntag, den 22. d. M., 7 Uhr, in der Stadthalle, Klosterstraße, sind noch Karten à 1,50 M. nur für Jugendliche im Bureau zu haben. Sie bitten, davon noch regen Gebrauch zu machen, da sie am Abend 2.—M. kosten. — Abteilung Trepion-Baumgartenweg. Heute 7 Uhr im „Auenstein“, Eltern-3 (am Ringbahnhof Trepion): Diskussionsabend: Oppositionelle Jugendbewegungen.

Wedding. Sonntag, den 22. Februar, abends 6 Uhr, in der Aula der 14. Realschule, Rindendörfer Straße 38: Lichtbildvortrag: „Eine Wanderung durch den Darg“. Eintrittskarten à 50 Pf. im „Jugendheim“ und am Sonntag am Eingang.

### Aus aller Welt.

#### Explosion eines Munitionslagers.

Engbien (Donnegau), 19. Februar. Ein Schießbedarfslager ist in die Luft geflogen; einige zwanzig Personen wurden schwer verletzt.

Wiederöffnung der Harburger Eisenbahnwerkstätten. Die vor einigen Tagen geklossenen Eisenbahnwerkstätten in Harburg werden am morgigen Freitag wieder eröffnet. Die durchgehende achtstündige Arbeitszeit ist festgesetzt.

Verurteilte Schwarzschlächter. Das Münchener Wuchergericht verurteilte in einem neuen großen Schwarzschlachterprozeß 11 Angeklagte zu empfindlichen Gefängnis- und Geldstrafen, darunter den Hauptangeklagten Siunbed zu einem Jahre Gefängnis und 10 000 M. Geldstrafe.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mitrag. Welt heiter, trocken, nachts Frost, mittags milde.

**Platin**  
Gold, Silber, Bruch, Zahngebisse, Brennsphären, Kontakte, Schmuckgegenstände, Silberbesteck, Luxus Silber faßt höchstzahlend jeden Posten  
Edelmetall-Einkaufsbureau  
**Heinrich Trapp,**  
Königsplatz 28 I, 11 u. f. (Bsp. 5722.)

**Technikum Eutin.**  
Maschinenbau und Baufach, Sonderkurse zur Vorbereitung der Schutzzeit.

**Platin höchsten Preis**  
Brennstifte, Goldbruch und Silberbruch  
**Gebisse zahn 17,00 M.**  
kauft Linke Blicherstraße 40 Part. 2, II, 9-7 Uhr.

**Metalle bedeutende Preiserhöhung!**  
Platin! Zahngebisse, Zahn bis 75 Mark. Gold- u. Silberarbeiten! Münzen! Salpeters. Silber! Quarzsilber! Kupfer! Rosin! Messing! Nickel! Aluminium! Fein! Stanzloppapier! Holz! Fläschchen! Schmirgel, alle M. höchstzahlend!

**Edelmetall-Einkaufsbureau,**  
Webstraße 31, Alex. 4243.

**MOEBEL**  
gegen Bar und Teilzahlung  
in großer Auswahl zu billigsten Preisen.  
Wohnzimmer, Schlafzimmern, farbige Küchen, einzel. Möbelstücke.  
Größte Rücksicht!  
Gekaufte Möbel können kostenlos lagern.  
M. Landwehr, J. L. Müllerstr. 7, L. direkt a. Wolllaggi.  
Kriegszeiten nehmen in Zahlung.

**gerichtsrat** a. D. Dr. jur. Wilhelm v. Kirchbach  
para. z. sprechen Potsdamer Str. 115  
(11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100. u. 101. u. 102. u. 103. u. 104. u. 105. u. 106. u. 107. u. 108. u. 109. u. 110. u. 111. u. 112. u. 113. u. 114. u. 115. u. 116. u. 117. u. 118. u. 119. u. 120. u. 121. u. 122. u. 123. u. 124. u. 125. u. 126. u. 127. u. 128. u. 129. u. 130. u. 131. u. 132. u. 133. u. 134. u. 135. u. 136. u. 137. u. 138. u. 139. u. 140. u. 141. u. 142. u. 143. u. 144. u. 145. u. 146. u. 147. u. 148. u. 149. u. 150. u. 151. u. 152. u. 153. u. 154. u. 155. u. 156. u. 157. u. 158. u. 159. u. 160. u. 161. u. 162. u. 163. u. 164. u. 165. u. 166. u. 167. u. 168. u. 169. u. 170. u. 171. u. 172. u. 173. u. 174. u. 175. u. 176. u. 177. u. 178. u. 179. u. 180. u. 181. u. 182. u. 183. u. 184. u. 185. u. 186. u. 187. u. 188. u. 189. u. 190. u. 191. u. 192. u. 193. u. 194. u. 195. u. 196. u. 197. u. 198. u. 199. u. 200. u. 201. u. 202. u. 203. u. 204. u. 205. u. 206. u. 207. u. 208. u. 209. u. 210. u. 211. u. 212. u. 213. u. 214. u. 215. u. 216. u. 217. u. 218. u. 219. u. 220. u. 221. u. 222. u. 223. u. 224. u. 225. u. 226. u. 227. u. 228. u. 229. u. 230. u. 231. u. 232. u. 233. u. 234. u. 235. u. 236. u. 237. u. 238. u. 239. u. 240. u. 241. u. 242. u. 243. u. 244. u. 245. u. 246. u. 247. u. 248. u. 249. u. 250. u. 251. u. 252. u. 253. u. 254. u. 255. u. 256. u. 257. u. 258. u. 259. u. 260. u. 261. u. 262. u. 263. u. 264. u. 265. u. 266. u. 267. u. 268. u. 269. u. 270. u. 271. u. 272. u. 273. u. 274. u. 275. u. 276. u. 277. u. 278. u. 279. u. 280. u. 281. u. 282. u. 283. u. 284. u. 285. u. 286. u. 287. u. 288. u. 289. u. 290. u. 291. u. 292. u. 293. u. 294. u. 295. u. 296. u. 297. u. 298. u. 299. u. 300. u. 301. u. 302. u. 303. u. 304. u. 305. u. 306. u. 307. u. 308. u. 309. u. 310. u. 311. u. 312. u. 313. u. 314. u. 315. u. 316. u. 317. u. 318. u. 319. u. 320. u. 321. u. 322. u. 323. u. 324. u. 325. u. 326. u. 327. u. 328. u. 329. u. 330. u. 331. u. 332. u. 333. u. 334. u. 335. u. 336. u. 337. u. 338. u. 339. u. 340. u. 341. u. 342. u. 343. u. 344. u. 345. u. 346. u. 347. u. 348. u. 349. u. 350. u. 351. u. 352. u. 353. u. 354. u. 355. u. 356. u. 357. u. 358. u. 359. u. 360. u. 361. u. 362. u. 363. u. 364. u. 365. u. 366. u. 367. u. 368. u. 369. u. 370. u. 371. u. 372. u. 373. u. 374. u. 375. u. 376. u. 377. u. 378. u. 379. u. 380. u. 381. u. 382. u. 383. u. 384. u. 385. u. 386. u. 387. u. 388. u. 389. u. 390. u. 391. u. 392. u. 393. u. 394. u. 395. u. 396. u. 397. u. 398. u. 399. u. 400. u. 401. u. 402. u. 403. u. 404. u. 405. u. 406. u. 407. u. 408. u. 409. u. 410. u. 411. u. 412. u. 413. u. 414. u. 415. u. 416. u. 417. u. 418. u. 419. u. 420. u. 421. u. 422. u. 423. u. 424. u. 425. u. 426. u. 427. u. 428. u. 429. u. 430. u. 431. u. 432. u. 433. u. 434. u. 435. u. 436. u. 437. u. 438. u. 439. u. 440. u. 441. u. 442. u. 443. u. 444. u. 445. u. 446. u. 447. u. 448. u. 449. u. 450. u. 451. u. 452. u. 453. u. 454. u. 455. u. 456. u. 457. u. 458. u. 459. u. 460. u. 461. u. 462. u. 463. u. 464. u. 465. u. 466. u. 467. u. 468. u. 469. u. 470. u. 471. u. 472. u. 473. u. 474. u. 475. u. 476. u. 477. u. 478. u. 479. u. 480. u. 481. u. 482. u. 483. u. 484. u. 485. u. 486. u. 487. u. 488. u. 489. u. 490. u. 491. u. 492. u. 493. u. 494. u. 495. u. 496. u. 497. u. 498. u. 499. u. 500. u. 501. u. 502. u. 503. u. 504. u. 505. u. 506. u. 507. u. 508. u. 509. u. 510. u. 511. u. 512. u. 513. u. 514. u. 515. u. 516. u. 517. u. 518. u. 519. u. 520. u. 521. u. 522. u. 523. u. 524. u. 525. u. 526. u. 527. u. 528. u. 529. u. 530. u. 531. u. 532. u. 533. u. 534. u. 535. u. 536. u. 537. u. 538. u. 539. u. 540. u. 541. u. 542. u. 543. u. 544. u. 545. u. 546. u. 547. u. 548. u. 549. u. 550. u. 551. u. 552. u. 553. u. 554. u. 555. u. 556. u. 557. u. 558. u. 559. u. 560. u. 561. u. 562. u. 563. u. 564. u. 565. u. 566. u. 567. u. 568. u. 569. u. 570. u. 571. u. 572. u. 573. u. 574. u. 575. u. 576. u. 577. u. 578. u. 579. u. 580. u. 581. u. 582. u. 583. u. 584. u. 585. u. 586. u. 587. u. 588. u. 589. u. 590. u. 591. u. 592. u. 593. u. 594. u. 595. u. 596. u. 597. u. 598. u. 599. u. 600. u. 601. u. 602. u. 603. u. 604. u. 605. u. 606. u. 607. u. 608. u. 609. u. 610. u. 611. u. 612. u. 613. u. 614. u. 615. u. 616. u. 617. u. 618. u. 619. u. 620. u. 621. u. 622. u. 623. u. 624. u. 625. u. 626. u. 627. u. 628. u. 629. u. 630. u. 631. u. 632. u. 633. u. 634. u. 635. u. 636. u. 637. u. 638. u. 639. u. 640. u. 641. u. 642. u. 643. u. 644. u. 645. u. 646. u. 647. u. 648. u. 649. u. 650. u. 651. u. 652. u. 653. u. 654. u. 655. u. 656. u. 657. u. 658. u. 659. u. 660. u. 661. u. 662. u. 663. u. 664. u. 665. u. 666. u. 667. u. 668. u. 669. u. 670. u. 671. u. 672. u. 673. u. 674. u. 675. u. 676. u. 677. u. 678. u. 679. u. 680. u. 681. u. 682. u. 683. u. 684. u. 685. u. 686. u. 687. u. 688. u. 689. u. 690. u. 691. u. 692. u. 693. u. 694. u. 695. u. 696. u. 697. u. 698. u. 699. u. 700. u. 701. u. 702. u. 703. u. 704. u. 705. u. 706. u. 707. u. 708. u. 709. u. 710. u. 711. u. 712. u. 713. u. 714. u. 715. u. 716. u. 717. u. 718. u. 719. u. 720. u. 721. u. 722. u. 723. u. 724. u. 725. u. 726. u. 727. u. 728. u. 729. u. 730. u. 731. u. 732. u. 733. u. 734. u. 735. u. 736. u. 737. u. 738. u. 739. u. 740. u. 741. u. 742. u. 743. u. 744. u. 745. u. 746. u. 74





# Weinbrand Cognac Marke

# Goldstück

Jacob Stück Nachfolger Hanau a/m  
Cognacbrennereien

General-Vertreter: Vertriebsgesellschaft für Brennerei-Erzeugnisse m. b. H., Berlin W 9, Potsdamer Str. 23a. Telephon: Kurfürst 743.

## Theater, Lichtspiele etc.

### Opernhaus.

VII. Sinfonie-Konzert.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

### Schauspielhaus.

Friedrich der Große.  
I. Teil: Der Kronprinz.  
Anfang 6 1/2 Uhr.

Direktion Max Reinhardt.  
Deutsches Theater.

11/2 U.: Die Sendung Semuels.  
Sonntag 7 1/2 U.: Ued Pippa tanzt.

### Kammerspiele.

1 Uhr: Der Unmensch  
10: Die Büchse der Pandora

### Kar. Schauspielhaus

Karlstraße.  
1 Uhr: Hamlet (II. Akt, 2. A.)  
10: 7 Uhr: Danton (aus. Ab.)

### Königgrätzer Straße

8 U.: Schloß Wetterstein  
10: Schloß Wetterstein  
11: Stützen der Gesellschaft.  
1 Uhr: Erdgeist (M. Oriska)

### Komödienhaus

1/2 Uhr: „Sie“.

### Berliner Theater

1 Uhr: Der letzte  
Walzer.

Fritz Masyer, Otto Storm,  
Hans Wassmann usw.

### Central-Theater

1/2 U.: Fräulein Puck.

### Deutsches Opernhaus

11/2 U.: Hoffmanns Erzählungen  
Die Tribüne

### 1/2 U.: Franziska.

### Eden-Theater

1/2 U.: Heilenens Ehemänner.  
Friedr.-Wilhelmst. Th.

1/2 U.: Die zürl. Verwandten  
Kleines Theater.

1/2 U.: Die Pfarrhauskomödie.  
Kl. Schauspielhaus.

1/2 U.: Die unberührte Frau  
Komische Oper

1/2 U.: Dichterliebe.  
1/2 U.: Schwarzwaldmädchen

1/2 U.: Lustspielhaus  
Arnold Rieck in:

1/2 U.: Der Großstadt-Kavaller  
Metropol-Theater.

7 Uhr: Sybill  
Sonnt. 3 Uhr: Charleys Tante

mit Thielscher  
Neues Operettenhaus

Mia Werber als Gast in:  
1/2 U.: Die kleine Robeilt.

1/2 U.: Die Dame v. Zirkuß.  
Schiller-Theat. Charl.

1/2 U.: Die Tür ins Freie.  
Thalia-Theater

1/2 U.: Die närrische Liebe  
Th. am Nollendorfplatz

7 1/2 Uhr:  
Der Hofgeheule

Theater des Westens  
1/2 U.: Die Frau im Hermelin

Sonntag 4: Max und Moritz.  
1/2 U.: Die lustige Witwe

Wallner-Theater  
1/2 U.: Eine Ballnacht.

1/2 U.: Gelaba m. Mia Werber  
Walhalla-Theater.

1/2 U.: Csárdásfürstin.  
Residenz-Theater.

Stadtbahn Jannowitzbrücke.  
Täglich 1/2 8 Uhr:

Evchen Humbrecht.  
Sonntag 4 Uhr, kleine Pr.:  
Max und Moritz.  
Sonntag 4: Der gute Ruf.

### Volksbühne

Theater am Bülowplatz.  
7 1/2 U.: Gyges und sein Ring.

### Lessing-Theater.

Direktion: Victor Barnowsky.  
7 Uhr: Peer Gynt.

Sonntag 7 1/2 U.: Pygmalion.  
Sonntag 7 1/2 U.: Pygmalion.

### Deutsches Künstler-Theater

Abendlich 7 1/2 U.  
Die Marquise von Arcis.

(Konstantin, Servas, Straß-  
mann-Witt, Veidt).

### Rose-Theater.

7 1/2 Uhr:  
Die im Schatten leben.

## APOLLO

Theater  
Friedrichstraße 718.  
Dir.: James Klein

7 1/2 U.: Februar 7 1/2 U.:  
Die weltberühmte

### Fregolia

In ihren 100 Verwand-  
lungen u. Illusionen,  
Gertrude Barrison

aus London zurück  
6 Grunfos

Salonkrabaten  
Geschw. Blumenfeld

Lustspiel  
6 Chung Hang

Chinesische Gaukler  
Elvira, Drahtseil  
Simon u. Arfad

Pierrots am Reck.  
11/2 U.: 3 1/2 Uhr jed. Er-  
wachsener 1 Kind frei

### Casino-Theater

Lothringersr. 37. Tägl. 11/2 U.:  
Letzter Monat

Seit November aufgeführt!  
Schmiepels Lene

Der Schläger aller Posen  
Neue Februar-Spezialitäten.  
Sonntag 3 1/2 U.: Die Wunderkur

### Folies Caprice

Eck Friedrich- u. Liniestraße  
Täglich 7 1/2 U.:

Oh dieser Nowack!  
Zwangsquartierung.

Die abgetrennte Frau  
mit Ferdinand Gräneckner  
in den Hauptrollen.

### Winter-Garten

Täglich 7 30 Uhr:  
Varieté-Spielplan

Rauchen gestattet!

### Passage-Theater

Unter d. Linden 22/23  
Dir. M. Soliman

2 Uraufführungen 2  
Der Vampyr

von St. Louis  
\* I. Teil in 3 Akten.

Ein Erlebnis aus dem  
Tagebuch des berühmten  
Detektiv Nic Carter.

Hauptrollen:  
Bruno Elchgrün  
Rita Clermont.

Seine Frau  
Meine Braut

Lustspiel in 3 Akten.  
Hauptrolle:  
Paul Heidemann

## UFA THEATER UFA

Mozartsaal Kurfürstendamm 28  
Wochentags ab 7 Uhr Sonntags ab 4 Uhr

### Spitzen

Dänisches Schauspiel nach dem  
Roman von Paul Lindau  
Hauptrolle:  
Gudrun Houlberg

Die Marchese d'Armani  
mit  
Pola Negri  
Regie: Alfred Halm

Hundemamachen  
mit  
Ossi Oswald  
Regie: Rudolf Bleibach

Kammerlichtspiele Die Herrin der Welt  
4 Wochen-Zyklus

Titelrolle: Mia May / Künstlerische Oberleitung: Joe May

Vom 20. bis 23. Februar: 5. Teil: Ophir, die Stadt der Vergangenheit  
Männliche Hauptrollen: Michael Bohnen / Paul Hansen  
Regie: Uwe Jens Kraft

Vom 24. bis 27. Februar: 6. Teil: Die Frau mit den Milliarden  
Männliche Hauptrolle: Paul Hansen

In den Kammerlichtspielen Presse-, Ehren-, Dauer- und Freikarten un-  
gültig!

Hasselholtz 8. Teil: Die Rache der Maud Ferguson  
mit Mia May / Hans Merendorf / Ernst Holmann

Hollendorfplatz 4 Alexanderplatz, Weinbergweg 16  
Schönberg

Die Jagd nach dem Glück  
Ein symbolisches Film-Schauspiel  
in 6 Akten

Henny Porten  
Monica Vogelsang  
nach der Novelle von Felix Philipp  
Regie: Rudolf Bleibach

Grete Freund, Felix Basch  
in Mascotte nach Leo Lelpzigers Roman „Ballhaus Anna“

Hundemamachen mit Ossi Oswald Regie: Rudolf Bleibach

Vorverkauf: Ab 27. Februar Hockert's Liebesabenteuer mit Ica v. Lenkeffy  
U. T. Friedrichstr.

Vorverkauf: U. T. Kurfürstendamm und U. T. Friedrichstr. 180 von 12 bis 1 Uhr

### Circus Busch

Route Freitag 7 1/2 Uhr:  
Das gr. Febr.-Programm

u. Geschw. Chaveriat  
u. Drahtseilkünstler.

3 Urbanis, Kraftturner  
Amateur-Reiten  
100 M. Belohnung erhält,  
wer dreimal stehend die  
Manege umreitet.

Sowie die Gr. Nummern.  
Rachetanz der  
Panathenen  
in „Aphrodite“.

Theater am Kolbuser Tor  
Tel.: Moritzplatz 14814.  
Jeden Abend 7 1/2 Uhr:  
Sitt-Sänger.

9 ehem. Mitgl. der  
Stettiner Sänger.  
Sonnt. nicht. 3 U.  
ermäß. Preis. (voit.)  
Abend-Programm.  
Blühgen-Konzert.  
Beginn 7 10 Uhr.

Zum Schluß:  
Die Heben Verwandten.  
Vorverk. 11-1 1/2 u. 4-6 Uhr.

## METROPOL KABARETT

BEHRENST. 53-54  
Hanna Creswik  
Lilian Helten  
Lilly Heyn  
Willy Lillie  
Hans Friedl  
Guido Glialdi  
Hella Ingrid  
Mae Waiten

„Der selige Oktave“  
Laczi u. Aenni  
In ihrem Tanzsketch  
Whisky Rausch  
(Traum eines Tänzers)

Kapelle Mundi Neumann.  
Am Flügel: E. Hentschel.

Polnische Wirtschaft  
Operette in 3 Akten.  
Musik: Jean Gilbert.

Reichshall-Theater  
Jeden Abend 7 1/2 und  
Sonnt. 10. 2 U.

Stettiner  
Sänger.  
Rachmittag  
ermäß. Preise

## Film-Palast Börse Rosenthaler Str. 40-41

(früher Neumanns Festsäle)  
DAS NEUE LICHTSPIEL-THEATER

Eröffnung morgen den 21. Februar 1920

Nur erstklassige Filmwerke :: Großes Künstler-Orchester

Vorverkauf von 11 bis 1 Uhr.

### Großes Schauspielhaus

Sonntag, 22. Februar, nachm. 2 1/2 Uhr  
außer Abonnement:

## „Orestie“.

Regie: Max Reinhardt.

Hauptrollen:  
Alexander Wolff, Auguste Hinrichsen, Paul Sart-  
mann, Gustav Gising, Elfe Heine, Josef Klein,  
Fritz Richard, Margarete Christians, Harold Paulsen.

Preise: Pl. M. 10 bis 2. Billets: Theater-  
kasse, A. Wertheim und im Invalidendank.

### Theater i. d. Königgräber Str.

Spielplan-Änderung:  
Wegen Erkrankung eines Hauptdarstellers  
findet die Aufführung von

## König Nikolo

erst in nächster Woche statt.

Am Sonntag, den 21. Februar, 7 1/2 Uhr:  
Schloß Wetterstein

mit Maria Oestla und Ludwig Hartau.

Am Sonntag, den 22. Februar, 1 Uhr:  
Die Stützen der Gesellschaft

Schauspiel in vier Akten von Henrik Ibsen.  
Hauptdarsteller: Elie Lehmann, Ernst  
Bernburg, Alexander Ester, A. Schünzel, Grete  
Diercks, Rose Helldorf, Jenny Harbo, Ferdinand  
u. Alten, Gustav Topf.

## Sport Palast

Das größte Kino der Welt  
Potsdamer Str. 72 • Hochhaus Bülowsstr.

## Die Stimme des Gewissens

(Die Wahrung des Beichtgeheimnisses?)  
Lotte Hagdorn

## Schall u. Rauch

im Großen Schauspielhaus  
Karstr., Schiffbauerdamm.  
Neues Februar-Programm:

Gussy Holl  
Mady Christians  
Paul Graetz  
v. Twardowski  
Klabund  
Olea Doell  
Maria Lux

Musik. Ltg. Friedr. Hollender  
Filmconference  
Karikaturenm. v. Walter Trier  
Eröffnung 7 1/2 U. Beginn 9 1/2 U.

Admirals-Palast.  
Die lustige Puppe  
7 1/2 Uhr.

## DDO

Potsdamer Str. 35  
Uraufführung  
Eva May

in: Die Fee von  
Skt. Menard.  
Lotte Neumann  
im Drama  
Prinzesschen.

Turmstr. 12  
Nur noch bis Montag  
König Makombe

4 Teil gr. Max-Films  
Die Herrin der  
Welt.

## Altmetalle

in Kupfer, Messing, Rotg., Aluminium, Zinn, Zink,  
Blei, Abfälle und Späne. Quecksilber kauft zu äußerst  
hohen Preisen von Fabrikanten und Händlern

„Metalleinkaufs-Centrale“  
Berlin 50 16, Neanderstr. 15. Teleph.: Moritzplatz 667.

## Platin

höchste Preise  
Zahngelisse

bis 3000 Mark,  
jedoch pro Zahn  
nicht unter 15 M.

## Gold, Silber-

schmucksachen  
Gebrauchs-  
gegenstände  
sowie Bruch

Konkurrenz-Preis:  
Pilz

Alte Schönhauser  
Straße 19 II.  
Geschäftszeit:  
9-5 Uhr.

## Rupier

... per kg 22,-

NeiKng ... 12,50

Kolrub ... 18,-

Biel ... 8,-

Zint ... 6,-

Keinjinn ... 50,-

Quecksilber 130,-

Metalleinkauf

Schulzendorfer Str. 2.

## Straßflügel

Wunderbar wirkt hat bei  
mir ihr Barthelemymittel  
„Parasol“. Es ist von allen  
Mitteln das beste, was ich  
seit vier Jahren angewendet  
habe. Bestrahlungen und  
alles andere haben nicht so  
geholfen, wie ihr berühmtes  
Spezialmittel. — Derartl. e An-  
erkennungen wiederholt. Be-  
reits tausende befreit.  
Mark 19.30 Otto Reichel,  
Berlin 43.50. Eisenbahnstr. 4.

## Kupier 22,-

Rotg. 19,-, Messing 13,-  
Biel 7,-, Zink 9,-, Eisen 0,80

Bank H. Hahn,  
Heckmannstr. 9 (Keller).

## Jeh

Rasier-  
Klinge

## Guerrhahn

Zu haben in allen ein-  
schlägigen Geschäften; direkt  
nur an Wiederverkäufer

Schramberger Ultrafedern-  
fabrik, G. m. b. H.,  
Schramberg (Württbg.).